

nds 9-2018

nds

DIE ZEITSCHRIFT DER BILDUNGSGEWERKSCHAFT

Unterrichtsmaterial gegen Rechts
Schulpsychologie: Basis für Inklusion
Zwischenbilanz: Weltbeste Bildung?
GEW-aktiv: #mitdiesenjungenleuten
Seiteneinsteiger*innen qualifizieren!
Wohin will die Weiterbildung in NRW?

Lernräume gestalten – von Kita bis Hochschule

K-5141 70. Jahrgang September 2018 ISSN 0720-9673



Mit der GEW NRW ins Kino

DER TRAFIKANT

Robert Seethalers gleichnamiger Bestseller liefert die Vorlage für den Film. Als Psychoanalytiker Sigmund Freud ist Schauspieler Bruno Ganz zu sehen.

Österreich 1937: Der 17-jährige Franz Huchel (Simon Morzé) verlässt sein Heimatdorf am Attersee, um beim Wiener Trafikanten Otto Trsnjek (Johannes Krisch) in die Lehre zu gehen. Zu den Stammkunden des kleinen Tabakladens zählt auch der bereits von fortschreitendem Alter und Krankheit gezeichnete Sigmund Freud (Bruno Ganz), von dem Franz auf Anhieb fasziniert ist. Als der Junge sich unglücklich in die schöne Varieté-tänzerin Anezka (Emma Drogunova) verliebt, sucht er Rat bei Freud. Schnell muss er jedoch feststellen, dass dem weltbekannten Psychoanalytiker das weibliche Geschlecht ein mindestens ebenso großes Rätsel ist. Franz ist dennoch fest entschlossen, um seine Liebe zu kämpfen, wird aber in den Strudel der politischen Ereignisse gezogen, als Adolf Hitlers Truppen das Kommando übernehmen.

Mit viel Gespür für den bittersüßen, poetisch-leichtfüßigen Tonfall des Romans erzählt Regisseur Nikolaus Leytner die anrührende und aufwühlende Geschichte des arglosen und vorurteilsfreien Provinzburschen Franz Huchel.

Vorführungen für Schulklassen sind ab Kinostart möglich. Der Film bietet Ansatzpunkte unter anderem für die Fächer Deutsch, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaft, Philosophie, Religion, Ethik, Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Psychologie.



VORSTELLUNG FÜR GEW-MITGLIEDER

Sonntag, 14. Oktober 2018

Köln Weisshaus Kino, Luxemburger Str. 253, Beginn: 11.00 Uhr

Essen Lichtburg, Kettwiger Str. 36, Beginn: 11.00 Uhr

Offizieller Kinostart 1. November 2018

Filmwebsite www.dertrafikant.de

Unterrichtsmaterial www.gew-nrw.de/kino

Anmeldung und Infos www.gew-nrw.de/veranstaltungen



Gute Bildungsbauten sind kommunale Wertschätzung

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen und der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt nicht allein vom Lernen und von Pädagog*innen ab. Lange Zeit wurden die Gebäude in ihrer Bedeutung für den Bildungserfolg unterschätzt. Inzwischen werden sie gleichberechtigt als „dritter Pädagoge“ bezeichnet, neben Mitschüler*innen und Lehrkräften.

Zeitgemäßer Lernraum: freundlich, multifunktional und technisch up to date

Welche Schule, welches Lehren und Lernen wollen wir? Und welche Lernumgebung trägt mit dazu bei, dass dieses Lehren und Lernen bestmöglich gelingen kann? Im Idealfall spiegeln das Gebäude, seine Räume und deren Gestaltung die pädagogische Ausrichtung der Schule und die Einzigartigkeit der Schulgemeinde wider. Die Realität in den Kommunen sieht aber häufig anders aus. Über viele Jahrzehnte wurden zweckmäßige Schulbauten errichtet, die den pädagogischen Anforderungen nicht immer gerecht wurden.

Doch das pädagogische Verständnis hat sich gewandelt. Offenere Lernformen, selbstständiges Lernen in kleinen Gruppen oder im Klassenverband sind mittlerweile Standard an vielen Schulen. Die vorhandenen Schulgebäude sind in die Jahre gekommen und weisen einen mehr oder weniger hohen Sanierungsbedarf auf. Das ist in fast allen Städten dieselbe Situation. Wir haben in Bochum in den vergangenen Jahren dreistellige Millionenbeträge in die Schulinfrastruktur investiert und mit dem Neuen Gymnasium Bochum einen Neubau errichtet, der modernen Ansprüchen gerecht wird. Das Ergebnis sind ein freundliches und lichtdurchflutetes Schulgebäude, flexible und multifunktional nutzbare Räumlichkeiten, moderne und technisch optimal ausgestattete Klassenräume, Erholungszonen und vieles mehr. Damit ist aber der Sanierungsbedarf bei weitem noch nicht gedeckt. Wir werden in Bochum auch in den nächsten Jahren weiterhin in Bildung investieren, modernisieren und bestmögliche Bedingungen für Bildung schaffen.

Schulen beteiligen und Wertschätzung ausdrücken

Neben eigenen Mitteln der Stadt Bochum fließen allein aus den sogenannten Konjunkturprogrammen III und IV sowie dem Kreditprogramm „Gute Schule 2020“ des Bundes und des Landes rund 127 Millionen Euro fast überwiegend in Bildung. Von 2012 bis 2022 investieren wir mehr als 400 Millionen Euro in unsere Schulen. Dabei lassen wir nicht nur Leuchtturmprojekte entstehen, sondern investieren nachhaltig und zeitgemäß an vielen schulischen Lernorten in die Bildungsinfrastruktur, damit möglichst viele Schüler*innen sowie Lehrkräfte von den Maßnahmen profitieren.

Zur Verwendung der Mittel aus dem Kreditprogramm „Gute Schule 2020“ haben wir fünf Schwerpunkte definiert: den Ausbau der digitalen Infrastruktur, das Aktionsprogramm naturwissenschaftliche Räume, das Schulsportstättenprogramm, den Ausbau der Flächen für den offenen Ganztags sowie Großprojekte. Eines unserer Großprojekte ist der Neubau des Schulzentrums Gerthe, in dem der konzeptionelle Ansatz der Stadt Bochum deutlich wird: Wir beziehen die Schulgemeinden aktiv in die Planung ein und berücksichtigen deren Anforderungen. Die Raumprogramme wurden in Abstimmung mit den Schulen in Anlehnung an aktuelle pädagogische Anforderungen erstellt. Die Schulen waren Beteiligte des Architekturwettbewerbs, haben ihre Bewertungen eingebracht und den Siegerentwurf mit ausgewählt. Auch an den noch folgenden Planungsschritten werden sie mitwirken.

Die Art und Weise, wie sanierte oder neugebaute Bildungsräume gestaltet und eingerichtet sind, drückt die Wertschätzung der Kommune für diejenigen aus, die ein Schulgebäude tagtäglich nutzen. Wir werden diesen Ansatz der Teilhabe von Schulgemeinden am Planungs- und Bauprozess weiterverfolgen und haben beispielsweise mit dem Neubau der Grundschule Feldsieper Straße schon das nächste Projekt im Blick. //



Foto: M. Steffen

*Thomas Eiskirch,
Oberbürgermeister
der Stadt Bochum*

THEMA



16

Lernräume gestalten – von Kita bis Hochschule

Lernraum Schule

Schulsanierung in Wuppertal:
Der Klassenraum soll Heimat sein

Seite 16

Lernraum Kita

Kleine Forscher*innen an der frischen Luft

Seite 19

Lernraum Hochschule

Ein Umbau bei laufendem Unibetrieb

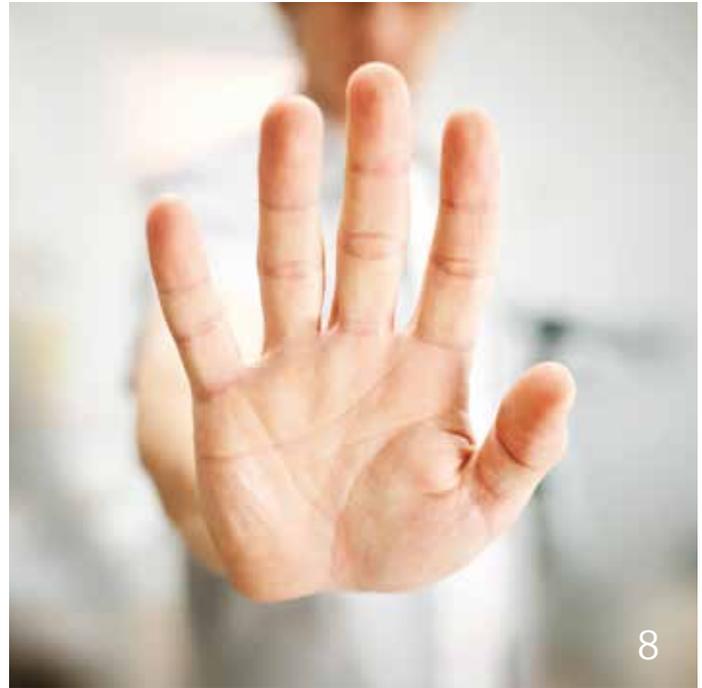
Seite 22

Lernraum Schule

Hier stinkt's zum Himmel!

Seite 24

BILDUNG



8

Unterrichtsmaterial gegen Rechtsextremismus Haltung zeigen im Klassenzimmer

Seite 8

Landespressekonferenz der NRW-Schulministerin Viele Baustellen für das neue Schuljahr

Seite 10

Kommentar

PR-Panne oder Provokation?

Seite 11

Stellungnahme des Landesverbands Schulpsychologie NRW Inklusion braucht eine stabile Basis

Seite 12

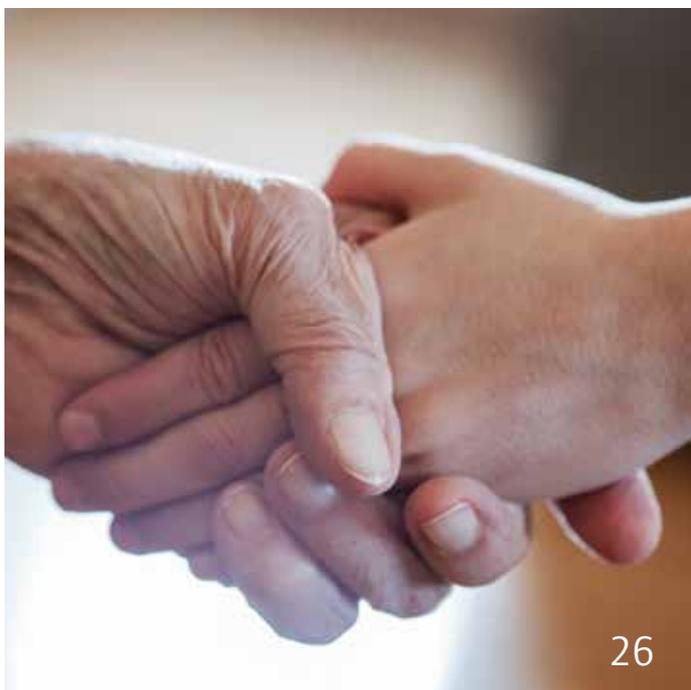
Die NRW-Schulpolitik ein Jahr nach der Landtagswahl Weltbeste Bildung für alle?

Seite 14

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe im Interview Zusätzliche Ressourcen nötig

Seite 15

ARBEITSPLATZ



GEW-aktiv 2018 in Bildern
#mitdiesenjungenleuten

Seite 25

#mitdiesenjungenleuten
Wie kann der Generationendialog gelingen?

Seite 26

Lehrkräftemangel in NRW
Seiteneinsteiger*innen müssen
unbedingt qualifiziert werden

Seite 28

Landesstrategie und Weiterbildungsgesetz
Wohin will die Weiterbildung in NRW?

Seite 30

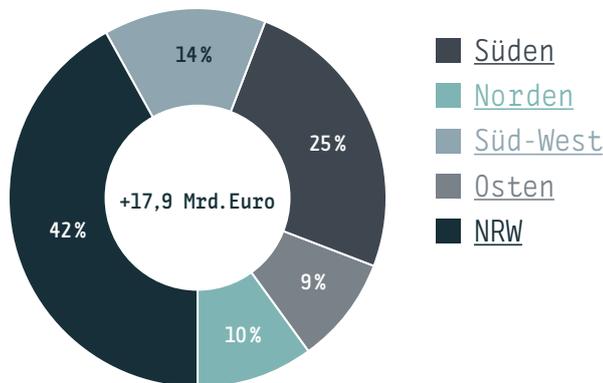
IMMER IM HEFT

GEW-Kino	Seite 2
Nachrichten	Seite 6
Buchtipps	Seite 32
Weiterbildung	Seite 33
Infothek	Seite 34
Termine	Seite 38
Impressum	Seite 39

Dieser nds ist der aktuelle Prämienflyer der GEW NRW „Schon gehört?“ beigelegt. Sollte sie in Ihrer Ausgabe versehentlich fehlen, geben Sie uns gern Bescheid per E-Mail an poststelle@gew-nrw.de. Zum Download steht der Flyer außerdem bereit unter www.gew-nrw.de/mitgliederwerben.

Investitionsrückstand in Kitas und Schulen steigt weiter

Anstieg des Investitionsrückstands in Kitas und Schulen



Anmerkung:

Anteil der Regionen am Anstieg des Investitionsrückstands bei Kitas und Schulen im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2018

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau kommt zu dem Ergebnis, dass sich der Investitionsrückstand in Schulen und Kitas weiter dramatisch erhöht hat. Demnach habe der Bildungsbereich mit rund 35 Prozent mittlerweile den größten Anteil am gesamten Investitionsrückstand. Mehr als 55 Milliarden Euro der insgesamt fast 159 Milliarden Euro entfallen bundesweit auf Bildung und Kinderbetreuung, allein rund 48 Milliarden Euro auf die Schulen. Betroffen sind insbesondere größere Städte und Gemeinden. Die Studie belegt, dass der Anteil der Regionen am gesamten Anstieg des Investitionsrückstands bei Kitas und Schulen im Vergleich zum Vorjahr auffällig ist. Auf das Land NRW, in dem weniger als ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands wohnt, entfallen allein 42,5 Prozent des gesamten Anstiegs von 17,9 Milliarden Euro. Das entspricht 7,6 Milliarden Euro. Selbst wenn die Kommunen ihre gesamten Investitionsausgaben in den Abbau des Rückstands stecken könnten, würde der Abbau immer noch fast sieben Jahre dauern. Da aber auch der Unterhalt der Kitas und Schulen gewährleistet werden muss und zeitgleich neue Bedarfe entstehen, dürfte der tatsächliche Zeitraum deutlich länger sein. *ms*

Begreifen zum Eingreifen

Antikriegstag

Zum Antikriegstag macht sich Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW, für mehr Geld in der Bildung statt für Rüstung stark. Sie ruft zur Unterschrift der Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“ auf. Auch in den Schulen müsse sich etwas ändern.

www.tinyurl.com/antikriegstag

Facebook am Arbeitsplatz

Die Hans-Böckler-Stiftung hat eine Unterrichtseinheit zu „Social Media bei der Arbeit“ entwickelt: Was ist erlaubt? Was sollte man besser lassen?

www.tinyurl.com/facebookarbeit

Umgang mit Fake News

Stimmt das überhaupt? Die Bundeszentrale für Politische Bildung widmet sich in einem Web-Spezial dem Thema Fake News. Wie entstehen sie und wie können wir damit umgehen?

www.tinyurl.com/bpb-fake-news

Wettbewerb

Zum 13. Mal startet der bundesweite Jugendwettbewerb des gewerkschaftlichen Kumpelvereins „Die Gelbe Hand“. Berufsschüler*innen, Auszubildende und junge Gewerkschafter*innen sind aufgerufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen und mit kreativen Projekten und Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2019. **Mehr unter www.gelbe-hand.de/wettbewerb**

Kumpelverein

Hochschule

In NRW waren Anfang Dezember 2017 an 75 Hochschulen und acht Hochschulkliniken 146.502 Personen (ohne studentische Hilfskräfte) beschäftigt. Das waren 3,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 83.987 Beschäftigte waren wissenschaftlich oder künstlerisch tätig. 62.515 Personen arbeiteten in der Verwaltung, den Bibliotheken, im technischen Dienst der Hochschulen oder waren als Pflegepersonal an den Hochschulkliniken im Einsatz.

IT.NRW

Schlechte Aussichten zum Schulstart

Die GEW NRW fordert die Landesregierung auf, zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels ihre Ankündigung endlich umzusetzen, die Attraktivität des Lehrer*innenberufs zu verbessern. Die zum Start des neuen Schuljahres von Schulministerin Yvonne Gebauer präsentierten Zahlen über nicht besetzte Stellen und gravierenden Lehrkräftemangel sind alarmierend. Sie zwingen zu entschlossenem Handeln. „Wir erwarten, dass endlich mehr für die Profession getan wird, denn Profis in der Bildung sind gefragt wie nie zuvor. Trotz vieler Versprechen, die Belastungen zu senken, die Bezahlung gerechter zu machen und mehr Fortbildung und bessere Ausbildung anzubieten, ist nichts passiert“, bemängelte Dorothea Schäfer, Vorsitzende der GEW NRW. Mit Blick auf die Vorzeigeprojekte der Landesregierung im neuen Schuljahr übte sie wiederholt Kritik an dem Modellversuch „Talentschulen“. Mit ihrer schulpolitischen Insellösung vermeide die Landesregierung die notwendige sofortige Unterstützung aller Schulen in schwierigen Lagen. *bp*

Starke Schwerbehindertenvertretung

Der DGB NRW und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen zur Wahl der Schwerbehindertenvertretung (SBV) auf! Vom 1. Oktober bis 30. November 2018 werden Schwerbehindertenvertretungen gewählt, und zwar in allen Betrieben und Verwaltungen mit mindestens fünf schwerbehinderten Beschäftigten oder ihnen gleichgestellten behinderten Beschäftigten. Neben dem Betriebs- oder Personalrat sorgt die SBV dafür, dass die Belange von schwerbehinderten Beschäftigten bei allen betrieblichen Entscheidungen gehört und ihre Rechte gewahrt werden. Dies gilt zum Beispiel für die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitszeiten und Überstunden. Auch bei Einstellungen, Eingruppierungen und Kündigungen von schwerbehinderten Menschen muss die SBV angehört werden. Eine Kündigung ohne ihre Beteiligung ist sogar unwirksam. Umso wichtiger ist, dass Beschäftigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. **Mehr unter www.tinyurl.com/dgb-wahlaufruf**

DGB

Bildungsinnovation im Ruhrgebiet

Das Ruhrgebiet soll die innovativste Bildungs- und Wissensregion Deutschlands werden, in der Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gleiche Chancen haben. Dies ist das Ziel der neuen Initiative von Regionalverband Ruhr, RuhrFutur und TalentMetropole Ruhr. Den Auftakt macht ein Kongress, der Perspektiven für die Region aufzeigen soll. **Mehr unter www.zukunftsbildung.ruhr** *Initiativkreis Ruhr GmbH*



Ulrike Sommer, Oliver Weimann, Bärbel Bergerhoff-Wodopia und Karola Geiß-Netthöfel (v. l. n. r.) wollen Bildungschancen verbessern. Foto: TalentMetropole Ruhr

Anhörung zu digitalen Endgeräten

Die GEW NRW fordert die Landesregierung auf, den digitalen Wandel in Schule verantwortungsvoll zu gestalten und klare Regelungen zu schaffen, an denen sich die Schulen orientieren können. Lehrkräfte müssen genau wie andere Landesbeschäftigte mit dienstlichen Endgeräten ausgestattet werden. Dazu hat am 5. September 2018 eine Diskussion mit Expert*innen im Landtag NRW stattgefunden. Dabei war unter anderem Maïke Finnn, stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW: „Die Klagen aus den Lehrerzimmern häufen sich. Lehrkräfte werden immer stärker zur Nutzung und zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht angehalten. Für die zunehmende digitale Verarbeitung von Schüler*innendaten ist eine adäquate IT-Ausstattung erforderlich.“ Dazu zählen auch Fortbildungsangebote. „Es kann auf Dauer nicht hingenommen werden, dass Lehrkräfte permanent auf ihre privaten Endgeräte zurückgreifen und Haftungsrisiken eingehen, um ihren Beruf überhaupt ausüben zu können.“ **Mehr unter www.tinyurl.com/dienstlaptops-anhoerung** *lor*

Mehr Hilfe für Marxloher Schulen

Bildung ist ein Schlüsselfaktor gegen soziale Benachteiligung: Bei einem Besuch der Grillo-Gesamtschule in Duisburg-Marxloh forderten GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe (Mitte) und NRW-Landesvorsitzende Dorothea Schäfer (Mitte, links) gemeinsam mit dem Duisburger Oberbürgermeister Sören Link (Mitte) von der Landesregierung mehr Unterstützung für Schulen mit einem schwierigen sozialen Umfeld. Ungleiches müsse ungleich behandelt werden. Insbesondere Schulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf stehen hier vor großen Herausforderungen: Talente und Potenziale der Kinder optimal fördern und bestmögliche Bildung für gesellschaftliche Teilhabe bieten. „Immer mehr Stellen können nicht mit qualifiziertem Personal besetzt werden. Verstärkt sich jedoch der Lehrkräftemangel an Schulen mit besonderen Problemlagen, verschärft das die soziale Selektion unseres Schulsystems noch weiter“, mahnte Dorothea Schäfer. **Mehr ab Seite 14 und unter www.tinyurl.com/pm-marxloh** *bp*

#wirsindmehr

Der DGB-Bundesvorstand hat eine Resolution zu den Ereignissen in Chemnitz verabschiedet: „Aus der Erfahrung mit dem Faschismus gibt es für uns Gewerkschaften keinen Zweifel, dass wir jede Form von Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit mit Nachdruck bekämpfen. Wir setzen uns ein für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Es ist gut und richtig, dass viele Menschen in den letzten Monaten und Tagen gegen rechte Hetze und hassgetriebene Aufmärsche Haltung gezeigt haben. [...] Der Rechtsstaat muss dieser Hetze [...] entschieden entgegenreten.“ **Mehr ab Seite 8.** *DGB*

Lehrkräftealter

Das Durchschnittsalter der 159.531 hauptamtlichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in NRW lag im Schuljahr 2017/2018 bei 44,9 Jahren. Lehrkräfte waren damit im Schnitt eineinhalb Jahre jünger als fünf Jahre zuvor. Damals lag das Durchschnittsalter bei 46,3 Jahren. Im Vergleich zum Schuljahr 2012/2013 gab es 2017/2018 insbesondere bei den Lehrkräften, die jünger als 50 Jahre alt sind, deutliche Zuwächse: Der Anteil der unter 35-Jährigen an allen Lehrkräften stieg von 19,4 auf 23,3 Prozent und in der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen von 35,3 auf 41,1 Prozent. *IT.NRW*

Ausbildungsreport 2018 vorgestellt

Von Flexibilisierungsdruck ist bereits ein Großteil der jungen Menschen betroffen: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden muss auch nach der Arbeit für den Betrieb erreichbar sein, mehr als ein Drittel der Befragten leistet regelmäßig Überstunden, jede*r Vierte macht Schichtarbeit. Das geht aus dem inzwischen 13. Ausbildungsreport hervor, den die DGB-Jugend jetzt vorgelegt hat. „Nach wie vor gibt es große Probleme bei der Qualität der Ausbildung. Deshalb muss die Bundesregierung endlich das Berufsbildungsgesetz reformieren, die Mindestausbildungsvergütung einführen und die Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Ausbilder in den Betrieben verbessern“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. „Die alte Leier der Arbeitgeber über fehlenden Nachwuchs kommt vor allem aus solchen Branchen, die für miserable Ausbildungsbedingungen und schlechte Vergütung bekannt sind.“ Der Ausbildungsreport nennt hier das Hotel- und Gaststättengewerbe, den Einzelhandel und Teile des Handwerks. *DGB*



GEW in Bildung unterwegs: Auf ihrer Reise durch die Republik besuchte Marlis Tepe mit Dorothea Schäfer und Sören Link eine Duisburger Gesamtschule. Foto: B. Butzke



Unterrichtsmaterial gegen Rechtsextremismus

Haltung zeigen im Klassenzimmer

Die Ausschreitungen in Chemnitz haben es deutlich gezeigt: Rechtes Gedankengut ist noch weit verbreitet in Deutschland. Doch wie gehen Lehrkräfte mit dem Thema im Unterricht um? Drei Praxisbeispiele zum Thema Rechtsextremismus.

Der Rechtsextremismus will das Rad der Geschichte zurückdrehen, zurück zu einem nationalistischen und demokratiefreien Führerstaat – auf der Basis einer rassistisch definierten Volksgemeinschaft. So hat es das Bundesamt für Verfassungsschutz 2015 beschrieben. Daher verharmlost oder rechtfertigt der aktuelle Rechtsextremismus die Verbrechen der Rechtsextremist*innen in der Zeit ihrer Herrschaft von 1933 bis 1945. Die rechtsextremistische Ideologie verachtet nicht nur die allgemeinen Menschenrechte und damit die Wertebasis einer liberalen Demokratie, sie leugnet auch die Gleichheit der Menschen hinsichtlich ihrer Würde und Rechte. Ihre rassistisch motivierte Hass- und Gewaltideologie gegenüber Geflüchteten, Menschen anderer Hautfarbe und Menschen muslimischer oder jüdischer Religion widerspricht dem Selbstbestimmungsgebot

und dem Diskriminierungsverbot in unserem Grundgesetz und allen Menschenrechtserklärungen.

Alle Lehrkräfte sind gefordert, jede rechtsextremistische Haltung als menschenverachtend und menschenrechtswidrig zurückzuweisen. Im Unterricht sollten drei Kompetenzen angestrebt werden:

1. Sich historisch und aktuell in die Opfer von Hass und rechter Gewalt einfühlen können und zu einer Haltung der Solidarität finden.
 2. Über eine kritische Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Hass- und Gewaltideologie eine menschenrechtsorientierte Überzeugung aufbauen oder weiter ausprägen.
 3. Sich aus demokratischer Überzeugung für die Menschenrechte und damit gegen den Rechtsextremismus engagieren.
- Drei Praxisbeispiele zeigen, welche Aufbereitung des Themas für unterschiedliche Altersstufen möglich sind. //

Politik und Musik // Klasse 8-9

//////////SAGE NEIN!

Der Unterrichtsentwurf umfasst drei bis vier Unterrichtsstunden und bezieht sich auf das Lied „Sage Nein!“ von Konstantin Wecker.

In der ersten Stunde schreibt die Lehrkraft „Sage Nein!“ an die Tafel und fordert die Schüler*innen auf, zu dieser Botschaft eine erlebte Situation in Vierergruppen als Plakat oder in Form einer Strophe eines Protestliedes zu entwerfen. Die Produktionen der Schüler*innen werden aufgehängt, erläutert und diskutiert. Im Anschluss hört die Klasse das Lied „Sage Nein!“ von Konstantin Wecker und vergleicht das Lied und ihre eigenen Entwürfe. Vertiefend interpretieren sie die erste Strophe des Liedes.

Die*der Lehrer*in erklärt die rechtsextremistische Gesinnung in ihren Ausprägungen Antisemitismus und Ausländer*innenfeindlichkeit.

- ◆ Antisemitismus: Seit 1945 wurden in Deutschland mehr als 1.000 jüdische Friedhöfe geschändet. In vielen deutschen Städten müssen die Synagogen polizeilich gegen Anschläge geschützt werden.
- ◆ Ausländer*innenfeindlichkeit: Typische Parolen der rechtsextremen Szene sind „Deutschland den Deutschen“ und „Ausländer raus“. 2016 gab es laut Bundesinnenministerium 3.533 polizeilich erfasste Angriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte.

Die Schüler*innen entwerfen in Gruppen eine weitere Strophe für das Lied „Sage Nein!“ Sie können zwischen den Themen „Gegen Antisemitismus“ und „Gegen Ausländer*innenfeindlichkeit“ wählen. //



Bernd Janssen, Jan Janssen, Sabine Janssen

Für Menschenrechte – gegen Hass und rechte Gewalt

Das Buch beinhaltet 16 Verlaufsplanungen für den Unterricht in den Fächern Deutsch, Religion, Politik und Musik in der Sekundarstufe I zu den Themen Rechtsextremismus und Menschenrechte. Für 68 Stundenentwürfe sind alle erforderlichen Materialien als Kopiervorlagen beigelegt.

Vandenhoeck & Ruprecht, 2017,
ISBN: 978-3525702437, 80 Seiten, 14,99 Euro

Deutsch und Geschichte // Klasse 9-10

//////////AUSCHWITZ

Der Unterrichtsentwurf umfasst ungefähr fünf bis sechs Unterrichtsstunden und bezieht sich auf die Geschichte des italienischen Juden und Auschwitz-Überlebenden Primo Levi. Grundlage ist seine Autobiografie „Ist das ein Mensch?“ mit dem darin enthaltenen gleichnamigen Gedicht.

In der ersten Stunde wird der die Autobiografie in drei Schüler*innen-Vorträgen von jeweils 15 bis 20 Minuten präsentiert und anschließend diskutiert.

- ◆ erster Vortrag: Verhaftung, Deportation, Ankunft in Auschwitz (S. 11-35)
- ◆ zweiter Vortrag: Alltag in Auschwitz (S. 54-74)
- ◆ dritter Vortrag: Letzte Wochen bis zur Befreiung durch russische Truppen (S. 143-165)

Die Lehrkraft zündet eine Kerze an – als Symbol für eine*n in Auschwitz ermordete*n Jüd*in und erklärt: „Eigentlich müsste ich sechs Millionen Kerzen anzünden, denn die Nazis haben sechs Millionen europäische Jüd*innen ermordet.“

Anschließend wird das Gedicht „Ist das ein Mensch?“ von Primo Levi ausgegeben und gelesen. Er hat es ein Jahr nach seiner Befreiung aus dem Todeslager Auschwitz geschrieben. Die Schüler*innen können ihre Gedanken und Gefühle zum Gedicht äußern. Zum Verständnis des Gedichts gibt die*der Lehrer*in Impulse: Welche Verse spielen in welcher Zeit? Warum sind 14 Zeilen eingerückt angeordnet? Warum trägt das Gedicht diesen Titel? Inwieweit sind die letzten drei Verse in besonderer Weise durch die Erlebnisse des Dichters in dem Vernichtungslager Auschwitz geprägt? Welche Botschaft richtet der Dichter an die heute und zukünftig lebenden Generationen? Die Schüler*innen nehmen Stellung zur Botschaft des Gedichts und können wählen: das Gedicht in einen Zeitungsartikel umschreiben, das Gedicht in eine Rede verwandeln oder zu dem Gedicht ein Poster entwerfen.

Die Lehrkraft informiert über aktuelle rechtsextreme Denkmuster wie Antisemitismus, verharmlosende Einschätzung des Nationalsozialismus und

Ausländer*innenfeindlichkeit. Das Meinungsforschungsinstitut USUMA aus Berlin führte 2014 im Auftrag der Universität Leipzig eine bundesweite und repräsentative Befragung zu rechtsextremistischen Einstellungen unter dem Titel „Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus“ durch: Die Zustimmung zu antisemitischen Äußerungen schwankte zwischen 10 und 11,6 Prozent; verharmlosende Äußerungen über die Verbrechen des NS-Staates fanden eine Zustimmung zwischen 7,8 und 9,3 Prozent; etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung stimmte ausländer*innenfeindlichen Aussagen voll und ganz oder überwiegend zu. Diese und andere Untersuchungen belegen, dass rechtsextremistische Denkmuster nicht auf den Rand der Gesellschaft beschränkt sind. Zugleich haben Hass und rechtsextrem motivierte Gewalttaten gegenüber Jüd*innen und jüdischen Einrichtungen sowie gegenüber Geflüchteten und deren Unterkünfte in den vergangenen Jahren in Deutschland deutlich zugenommen. Mindestens 10.500 Personen werden bereits im Verfassungsschutzbericht 2014 als gewaltbereite Rechtsextremist*innen eingeschätzt.

Zum Schluss entwerfen die Schüler*innen in der Rolle von Primo Levi eine zwei- bis dreimütige Rede, in der der Auschwitz-Überlebende Stellung nimmt zum aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland. Mehrere Reden werden gehalten und von den anderen Schüler*innen unter der Fragestellung kommentiert, inwieweit die jeweilige Rede glaubwürdig und überzeugend war. //

Religion, Werte und Normen und Politik // Klasse 7-8

//////////DAS MENSCHENRECHT RELIGIONSFREIHEIT

Der Unterrichtsentwurf umfasst drei Unterrichtsstunden und bezieht sich auf den Artikel in der Tageszeitung taz „Grüß Gott, Frau Nachbarin“ von Lara Janssen.

Die Schüler*innen tauschen spontan Meinungen zum Artikel aus. Anschließend arbeiten sie einzeln oder in Gruppen zu folgender Aufgabe: „Schreibt in der Rolle von Frau Miller einen inneren Monolog, der ihre Gedanken und Gefühle nach dem Hassausbruch dieses ihr unbekanntes Mannes sichtbar macht.“ Viele Monologe werden vorgelesen und kurz diskutiert.

Die Lehrkraft ordnet den Vorfall ein in das rassistische Menschen- und Gesellschaftsbild des Rechtsextremismus und erinnert an das systematische Vorgehen der Nazis in der Diskriminierung und Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung ab 1933 und exemplarisch an die Pogromnacht im November 1938. Sie ergreift Partei für das liberale Verständnis einer Demokratie, die auf den Menschenrechten beruht.

Es folgen Impulse für ein weiteres Gespräch: Sollte Carolina Miller das Kopftuch als Zeichen ihrer Religion weiter tragen oder es ablegen, um sich zu schützen? Wie könnte das Ehepaar vor weiteren Angriffen geschützt werden? Wie können christlich geprägte Menschen ihre Solidarität zeigen? Was könnte politisch geschehen, um die Achtung der Menschenrechte in der Gesellschaft zu stärken und rechtsextremistische Überzeugungen zurückzudrängen? //



**Bundesministerium des Innern:
Verfassungsschutzbericht 2014**
www.tinyurl.com/verfassungsschutz-2014



Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler: Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus
www.tinyurl.com/leseprobe-rechtsextremismus



Vereinte Nationen: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
www.tinyurl.com/erklaerung-menschenrechte



Lara Janssen: Rassismus in Berlin: Grüß Gott, Frau Nachbarin
www.taz.de/!5347811



Sabine Janssen

Lehrerin für die Fächer Deutsch, Politik und Sozialpädagogik, Schulleiterin am Diakonie-Kolleg Hannover

Foto: Johanna Baschke

Landespressekonferenz der NRW-Schulministerin

Viele Baustellen für das neue Schuljahr

Bei der Landespressekonferenz des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) NRW zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 stand ein Thema klar im Mittelpunkt: der eklatante Lehrkräftemangel und der Sechs-Punkte-Plan, mit dem das Ministerium dagegen vorgehen will. Doch die Landesregierung wird sich im neuen Schuljahr noch mehr Aufgaben dringend stellen müssen. Das Statistikpaket zur Pressekonferenz verrät, welche das sind.

Insgesamt steigt die Zahl der Schüler*innen an öffentlichen und privaten Schulen im Schuljahr 2018/2019 im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozent auf 2.509.014. Steigende Zahlen werden für die Grundschulen, die PRIMUS-Schulen, die Sekundarschulen, die Gymnasien, die Gesamtschulen, die Weiterbildungskollegs und die Freien Waldorfschulen erwartet. Während für die Berufskollegs gleichbleibend rund 562.000 Schüler*innen prognostiziert werden, gehen die Schüler*innenzahlen an Haupt-, Real-, Gemeinschafts- und Förderschulen weiter zurück. Die langfristigen Trends mangelnder Nachfrage insbesondere bei Haupt- und Realschulen sowie steigender Nachfrage bei Gymnasien und den Schulen des längeren gemeinsamen Lernens setzen sich fort.

Die Zahl der Lehrer*innen steigt insgesamt um 1,1 Prozent. Erwartet werden 198.483 Lehrkräfte für das Schuljahr 2018/2019. Die

Zeiten, in denen Finanzpolitiker*innen auf eine „demografische Rendite“ im Schuletat spekulieren konnten, gehören damit endgültig der Vergangenheit an.

Schulformen in Not: Schulstruktur in NRW weiterentwickeln

Die von Schulministerin Yvonne Gebauer präsentierten Zahlen belegen zudem, dass es dringend geboten ist, sich erneut über die Schulstruktur Gedanken zu machen und Gespräche über eine Weiterentwicklung des Schulkonsenses zu führen. Denn der dramatische Sinkflug bei den Haupt- und Realschulen wird andauern und sich über das Schuljahr 2018/2019 hinaus fortsetzen. Derzeit gibt es in NRW nur noch 244 Hauptschulen, also 23,5 Prozent weniger als im Schuljahr 2017/2018. Fatal für die Perspektive dieser Schulform ist jedoch, dass von diesen 244 Schulen 82, also ein Drittel,

auslaufend sind. Die Zahl der Realschulen ist zum Schuljahr 2018/2019 um fast zwölf Prozent zurückgegangen; von den verbleibenden 429 Realschulen sind 60 auslaufend.

Ein Vergleich mit dem Schuljahr 2013/2014 zeigt, wie dramatisch die Entwicklung ist: Gab es damals noch insgesamt 1.102 Haupt- und Realschulen, wird es nach der Schließung der bereits jetzt auslaufend gestellten Schulen nur noch 531 Haupt- und Realschulen geben. Das ist weniger als die Hälfte.

Auch bei der Zahl der nicht zu besetzenden Stellen lohnt ein Blick auf die Lage bei den einzelnen Schulformen. Dramatisch ist die Situation vor allem an den Förderschulen, an denen nur 41,8 Prozent der offenen Stellen besetzt werden konnten. In absoluten Zahlen: 523 von 899 Stellen an den 478 Förderschulen in NRW sind weiterhin vakant. An den Grundschulen lag die Besetzungsquote bei 52,9 Prozent, an den Hauptschulen bei 57,9 Prozent und an Realschulen bei 52,7 Prozent.

Jede zehnte Schule ohne Leitung: Bessere Rahmenbedingungen schaffen

Verbessert hat sich im Schuljahr 2018/2019 die Besetzung der Stellen für Schulleiter*innen zum Stichtag 31. Juli 2018. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Besetzungsquote von 84,65 Prozent auf 90,73 Prozent gestiegen. So weit, so gut. Aber an jeder zehnten Schule in NRW arbeitet das Kollegium noch immer ohne Leitung. Im Schulformvergleich ohne Berücksichtigung der PRIMUS- und der Gemeinschaftsschulen fallen erneut die Hauptschulen ins Auge: Nur drei von vier Hauptschulen haben eine*n Schulleiter*in und auch die Besetzungsquote bei den stellvertretenden Schulleitungsstellen ist unterirdisch schlecht.

Jede Menge Luft nach oben:

Mittelabruf aus dem Programm „Gute Schule 2020“

Kreditkontingente 2017 und 2018	abgerufene Mittel, Stand: 30.06.2018
1.000.000.000 Euro	332.648.248 Euro
Kreditkontingent 2017	abgerufene Mittel 2017
500.000.000 Euro	222.547.055 Euro



Kommentar

PR-Panne oder Provokation?

Same procedure ... Am Ende der Sommerferien lädt das Schulministerium zur Pressekonferenz. Für Yvonne Gebauer war es die zweite. Im letzten Jahr noch innovativ außer Haus, in diesem Jahr in der Landespressekonferenz im Landtag. Neuer Ort und neue Botschaft? Vielleicht gar Hinweise zu der lange überfälligen Attraktivitätssteigerung im Lehrberuf?

Medien, Eltern und die Beschäftigten in den Schulen interessierte im Vorfeld der Pressekonferenz vor allem eins: Welche Vorschläge würde die Ministerin zur Behebung des eklatanten Lehrkräftemangels machen? Wenn von den im Jahr 2018 zu besetzenden 9.623 Stellen nur magere 5.929 besetzt und 3.694 Stellen nicht besetzt werden konnten, sollten die Alarmglocken läuten.

Also sind die folgenden Fragen nicht nur legitim, ihre Beantwortung ist zwingend: Was plant die Landesregierung zur langfristigen Nachwuchssicherung? Gibt es endlich, nach fast einem Jahr, eine Konkretisierung der Ankündigung, für die gleiche Bezahlung gleichwertig ausgebildeter Lehrer*innen sorgen zu wollen? Werden jetzt Initiativen vorbereitet, um die Belastung der Kollegien nachhaltig zu reduzieren? Wie will die Landesregierung Studienabbrüche vermeiden und das Referendariat attraktiver gestalten? Kurzum: Hat das Schulministerium, hat die Landesregierung ein Konzept, um den Lehrberuf und die Ausbildung dafür attraktiver zu gestalten? Fehlanzeige wie im Vorjahr, Fehlanzeige wie in den Vorjahren.

Halt, nicht ganz: In der Pressemitteilung des Schulministeriums taucht der Begriff „Attraktivitätssteigerung“ ja doch auf, wenn auch nur ein einziges Mal! Fast 20.000 Lehrer*innen waren laut schulministerieller Statistik im vergangenen Schuljahr 61 Jahre und älter. Nennen wir sie einfach einmal „rentennah“. Wenn diese Kolleg*innen unter den derzeit schlechten Bedingungen bis zum Ruhestand durchhalten und danach weiterhin ihren (freiwilligen) Beitrag zur Sicherung der Unterrichtsversorgung leisten wollen, dann soll sich das für sie lohnen. Das Ministerium spricht von „Gewinnung von Pensionären für den Schuldienst durch Attraktivitätssteigerung“. Es sei den Kolleg*innen aus vollem Herzen gegönnt.

Wer jedoch aktuell für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Dienst befindlichen Kolleg*innen nichts zu bieten hat, sollte sich angesichts zahlreicher Forderungen, den Lehrberuf endlich und dauerhaft attraktiver zu gestalten, sehr genau überlegen, in welchem Kontext er von „Attraktivitätssteigerung“ spricht. Panne oder Provokation? // *Michael Schulte*

An dieser Stelle wird klar, wie dringend die Arbeitssituation für diese Kolleg*innen an Haupt- und Grundschulen weiterhin verbessert werden muss. Die Besoldungserhöhung für stellvertretende Schulleiter*innen an Grund- und Hauptschulen von Januar 2018 war ein notwendiger Schritt. Wenn jedoch immer noch jeweils ein Viertel der Stellen vakant ist, besteht weiterhin Handlungsdruck.

Kommunaler Investitionsstau: Mittel aus „Gute Schule 2020“ nutzen

Die von Ministerin Yvonne Gebauer präsentierten Zahlen zum Programm „Gute Schule 2020“ bestätigen Presseberichte und den Eindruck der Kolleg*innen vor Ort: Es gibt noch Luft nach oben. Das sinnvolle und über Parteilinien hinweg akzeptierte Kreditprogramm, das langfristig kommunale Investitionen in die Sanierung, die Modernisierung und den Ausbau der Schulinfrastruktur vor Ort finanziert, konnte noch nicht die gewünschte Wirkung entfalten.

Die Kommunen als Schulträger fordern mehr Zeit ein, die sie für eine sorgfältige Planung brauchen, bevor sie Mittel aus dem Programm abrufen können. Bleibt zu hoffen, dass aufgeschoben nicht aufgehoben bedeutet. Würden Investitionen in öffentliche Schulinfrastruktur zum Beispiel an unzureichenden Planungs-kapazitäten scheitern, wäre einmal mehr bewiesen, wer sich den „schlanken Staat“ leisten kann und wer nicht. //



Michael Schulte
Geschäftsführer der GEW NRW





Stellungnahme des Landesverbands Schulpsychologie NRW

Inklusion braucht eine stabile Basis

Ist die gesellschaftliche Aufgabe von Inklusion vereinbar mit dem gegliederten Schulsystem, das Spaltung fördert und keine Bildungsgerechtigkeit schafft? Damit schulische Inklusion gelingen kann, fordert der Landesverband Schulpsychologie NRW von der Landesregierung Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und zusätzliche Stellen für Schulpsycholog*innen.

Inklusion bedeutet, Barrieren abzubauen, die andere daran hindern könnten teilzuhaben. Es geht darum, so viel Begegnung wie möglich zu fördern zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit oder ohne Behinderung und Menschen mit anderen Unterscheidungsmerkmalen. Die größten Barrieren sind dabei häufig nicht die direkt sicht- und hörbaren, sondern die psychischen Barrieren, die durch Ängste und Vorbehalte gekennzeichnet sind.

Schulministerin Yvonne Gebauer hat nach einem Jahr Amtszeit ein Eckpunktepapier für die schulische Inklusion veröffentlicht, das den Zielen der UN-Behindertenrechtskonvention aus Sicht des Landesverbands Schulpsychologie NRW nicht gerecht wird. Erklärtes Ziel ist die Verbesserung der Qualität inklusiver Bildung, das sicher unstrittig und sehr zu begrüßen ist.

Strategie des Schulministeriums widerspricht dem Gedanken der Inklusion

Die auserwählte Strategie ist die Bündelung von Schüler*innen mit Behinderungen in sogenannten Schwerpunktschulen. Bei mindestens drei Schüler*innen mit Behinderungen pro Klasse über den gesamten Jahrgang hinweg erhalten diese Schulen eine zusätzliche halbe Stelle für ein*e Sonderpädagog*in pro Klasse. Die Strategie verspricht Verbesserungen, bewirkt aber das Gegenteil. Kinder müssen wieder verstärkt etikettiert werden, um Ressourcen zu erhalten, was dem Gedanken der Inklusion grundsätzlich widerspricht. Die weiteren Strategien wie der flächendeckende Erhalt von Förderschulen und die Einrichtung von Förderschulgruppen an allgemeinbildenden Schulen sind massive Rückschritte bezogen auf die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention und sind als Kapitulation eines überlasteten und starren

Bildungssystems vor den gesellschaftlichen Anforderungen der Inklusion zu verstehen. Gymnasien werden in dem Eckpunktepapier der Verpflichtung enthoben, sich an der inklusiven Bildung zu beteiligen beziehungsweise mit besonderen personellen Zuwendungen belohnt, wenn sie sich freiwillig dazu entschließen. Das ist sachlich nicht nachvollziehbar und wirft einmal mehr die Frage auf, ob die gesellschaftliche Aufgabe von Inklusion nicht grundsätzlich unvereinbar ist mit dem gegliederten Schulsystem, das es bisher nicht geschafft hat, Bildungsgerechtigkeit zu realisieren, sondern gesellschaftliche Spaltungstendenzen fördert.

Bildung und Teilhabe der Schüler*innen umfassend fördern

Eine Aufstockung von Stellen ist sicherlich eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Maßnahme. Schon gar nicht, wenn angesichts eines völlig leer gefegten Arbeitsmarktes im besten Fall davon auszugehen ist, dass Stellen für Sonderpädagog*innen vermutlich durch unerfahrene Lehrkräfte besetzt werden. Die von der Schulministerin genannten Qualitätsstandards wie das „Konzept zur inklusiven Bildung“ – ohne konkrete Kriterien, was genau gute inklusive Bildung ausmacht – und die bislang unspezifische „systematische Fortbildung von Lehrkräften“ sind sicher nicht die Garanten für die versprochene Qualitätsoffensive. Zumal diese Maßnahmen vorbeigehen an den besonders wichtigen Fragen der Haltung, der psychischen Barrieren sowie dem Gelingen multiprofessioneller Zusammenarbeit. Der Referenzpunkt für „gute“ Schule muss das Gelingen

Erlass zu Inklusion

Beteiligung der Hauptpersonalräte

Zum Anfang dieses Schuljahrs hat das Ministerium für Schule und Bildung NRW die Hauptpersonalräte über ihre Eckpunkte zu Inklusion informiert. Es wurde ein Erlass angekündigt, der auf dieser Grundlage die „Neuausrichtung der weiterführenden Schulen in der Inklusion“ beschreibt. Danach werden die Voraussetzungen für die Einrichtung von Schwerpunktschulen des Gemeinsamen Lernens in Haupt-, Real- und Gesamtschulen beschrieben, aber auch die lediglich zielgleiche sonderpädagogische Förderung in Gymnasien. Die Hauptpersonalräte haben weiteren Gesprächsbedarf zur Ausgestaltung dieses Erlasses.

*Ute Lorenz, Referentin für Beamt*innenrecht und Mitbestimmung der GEW NRW*

Aktionswoche im Oktober

Inklusion stärken

Die inklusive Schule ist ein lohnenswertes Ziel, doch die bisher vorgelegten Pläne der Landesregierung gehen in die falsche Richtung: Die Ressourcen reichen nicht für eine qualitative Verbesserung des Gemeinsamen Lernens. Die Bedingungen für viele bisherige inklusive Schulen drohen sich zu verschlechtern. Mit der Aktionswoche „Inklusion stark machen“ tritt die GEW NRW aktiv dafür ein, dass die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung endlich alles dafür tun, damit Schulen Unterstützung erhalten, um ein erfolgreiches Gemeinsames Lernen aller Schüler*innen unter guten Lern- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Vom 8. bis 11. Oktober 2018 finden regionale Veranstaltungen und Aktionen statt. Nehmen Sie teil! **Mehr unter www.gew-nrw.de/inklusion-stark-machen.**

*Frauke Rütter, Referentin für
Bildungspolitik der GEW NRW*

einer ganzheitlich verstandenen, gesunden psychosozialen Entwicklung und die Realisierung von Bildungs- und Teilhabechancen aller Schüler*innen sein.

Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung sind erforderlich

Notwendig wäre hier, Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, Verantwortung für die Entwicklung von Schüler*innen zu übernehmen vor allem, wenn es schwierig wird. Dies setzt ein hohes Maß an individuellen Kompetenzen und eine selbstreflexive Haltung, eine wertschätzende Zusammenarbeit mit Eltern, professionelle Teamarbeit in Schule, eine gute Vernetzung mit außerschulischen Institutionen und gute Unterstützungsangebote voraus, zum Beispiel durch Schulpsycholog*innen.

Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung sind nötig auf der individuellen Lehrer*innen-Ebene, aber auch in Strukturen für Teamarbeit: die feste Installierung von Beratungszeiten und die Einführung von Professionalitätsstandards wie Coaching und Supervision, die in anderen psychosozialen Arbeitsfeldern selbstverständlich sind. Schulpsycholog*innen können gerade an diesen für gelingende inklusive Bildung so wichtigen Stellen wertvolle Beiträge leisten.

Während gesellschaftliche und schulische Herausforderungen wie Gewalt an Schulen und Integration durch Bildung folgerichtig Aufstockungen im Bereich der Schulpsychologie ausgelöst haben, ist dies im Kontext inklusiver Bildung bisher nicht geschehen. Dieser Bereich muss in den schulpsychologischen Beratungsstellen aber verbindlich abgedeckt

werden und sollte durch zusätzliche Stelleninvestitionen des Landes unterstützt werden. Denn Herausforderungen und Veränderungen in Schule durch die Aufgabe der inklusiven Bildung lösen tatsächlich vermehrte Beratungsbedarfe bei Eltern und Lehrkräften aus, auf die die schulpsychologische Beratungsstellen mit ausreichenden Kapazitäten reagieren müssen.

Massive Überlastungen in den schulpsychologischen Beratungsstellen

Die bereits erfolgten und die geforderten Aufstockungen durch die benannten Mehrbedarfe dürfen aber nicht in die Berechnung der von der Kultusministerkonferenz festgelegten Relation 1:5.000 für die schulpsychologische Grundversorgung eingehen. Es bestehen unverändert starke Diskrepanzen zwischen dem Ist und dem Soll. In Beratungsstellen in Städten mit einem problematischen Sozialindex ergeben sich äquivalent zu der Belastung in Schule massive Überlastungssituationen. Hier besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf, um regionalen Bedürfnissen von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften gerecht zu werden.

Die Strategien des Schulministeriums werden nicht zu der versprochenen Qualitätsverbesserung führen und werden den Zielen der UN-Behindertenkonvention nicht gerecht:

- ◆ Das ressourcenstarke Gymnasium darf nicht aus der Verpflichtung genommen werden, inklusive Bildung zu realisieren.
- ◆ Stellenzuweisungen dürfen nicht von Etikettierungen der Schüler*innen abhängig sein.
- ◆ Die Verantwortung für inklusive Bildung darf nicht vor allem auf die Sonderpädagog*innen

übertragen werden, sondern muss von der gesamten Schulgemeinschaft getragen werden.

- ◆ Das Gelingen der Multiprofessionalität vor Ort muss stärker in den Blick genommen werden, indem unterstützende Maßnahmen wie Supervision und verbindliche Teamzeiten eingeführt werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung von Schwierigkeiten und Barrieren.
- ◆ Förderschulen und Regelschulen dürfen nicht um die Ressource Sonderpädagogik konkurrieren müssen. Der Fokus muss auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Förderorten gelegt werden, um flexibel auf die jeweiligen Bedarfe von Schüler*innen reagieren zu können. //



Frauke Rütter: Die Formel zum inklusiven Schulglück? (In: nds 8-2018)

www.tinyurl.com/formel-inklusion



GEW NRW: Themenseite „Inklusion“

www.gew-nrw.de/inklusion



Landesverband Schulpsychologie NRW e.V.

www.schulpsychologie-nrw.de



Kirsten Solberg

Fachvorstand des Landesverbands Schulpsychologie NRW e.V., zuständig für Presse und Öffentlichkeitsarbeit



Annette Greiner

Vorstand des Landesverbands Schulpsychologie NRW e.V.

Die NRW-Schulpolitik ein Jahr nach der Landtagswahl

Weltbeste Bildung für alle?



Welchen Stellenwert hat Bildungsgerechtigkeit im neuen Schulministerium? Und wie geht es weiter mit der Inklusion? Gut ein Jahr nach der Landtagswahl haben Wissenschaftler*innen, Eltern- und Lehrer*innenverbände beim Bildungspolitischen Forum eine Zwischenbilanz gezogen.

Zum Bildungspolitischen Forum in Schwerte am 17. September 2018 hatten das „Bündnis länger gemeinsam lernen“ und das Pädagogische Institut der Evangelischen Kirche von Westfalen eingeladen. Die Erziehungswissenschaftlerinnen Prof. Dr. Gabriele Bellenberg von der Ruhr-Universität Bochum und Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. Simone Seitz von der Universität Paderborn setzten mit ihren Statements wichtige Pfeiler für die anschließende Diskussion.

Schulpolitik ist Gesellschaftspolitik

Beiden Wissenschaftlerinnen ging es nicht um eine Bewertung der aktuellen Politik – dafür sei es zu früh. Sie formulierten jedoch Bedingungen für gelingende Bildungspolitik. Die Ziele und die Funktion von Schule müssten angesichts des gegenwärtigen Werteverfalls neu gedacht werden. Bildungspolitik solle langfristig und konsequent an Zielen orientiert sein, die auch über eine Legislaturperiode hinaus verfolgt werden. Schulpolitik sei zugleich Gesellschaftspolitik, denn Schule solle einen Beitrag gegen die Spaltung der Gesellschaft leisten. Gabriele Bellenberg erinnerte an den großen Aufschrei, den es gab, als vor Jahren die Ergebnisse der ersten PISA-Untersuchung bekannt wurden. Wo sei jetzt der Aufschrei, wenn Menschenrechte in Frage gestellt werden, der Populismus hoffähig werde und antidemokratische Bewegungen auf dem Vormarsch seien? Die Entdemokratisierung unserer Gesellschaft könne von der Bildungspolitik nicht sprachlos hingenommen

werden. Stattdessen brauche es einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens dagegen.

Gute Bildungspolitik braucht darüber hinaus weitere Voraussetzungen, wie die Erziehungswissenschaftlerinnen deutlich machten:

- ◆ eine kontinuierliche Investition in Schulbau, nicht nur kurzfristige Programme,
- ◆ einen kontinuierlichen Einstellungskorridor, um Lehr- und Lernsituationen zu verbessern und den „Schweinezyklus“ auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt zu vermeiden,
- ◆ eine Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften, um Zeit für Schulentwicklung zu schaffen,
- ◆ eine am Sozialindex orientierte Ressourcensteuerung, die Schulen mit besonderen Herausforderungen besser ausstattet.

Lehrkräftemangel verstärkt soziale Spaltung

Trotz Warnungen der GEW NRW hat die Politik zu spät erkannt, dass der Lehrkräftemangel für die Lehrämter Grundschule, Sonderpädagogik und berufliche Bildung, vor allem in den MINT-Fächern, auf bis zu 15.000 fehlende Lehrkräfte in den nächsten zehn Jahren anwachsen wird. Ausgerechnet an den Schulstandorten, an denen das soziale Umfeld besonders schwierig und die pädagogischen Herausforderungen besonders groß sind, ist die Besetzungsquote am schlechtesten, die Quote der eingestellten Seiteneinsteiger*innen am höchsten, die Qualität des Unterrichts gefährdet und die

Belastung für die Beschäftigten am größten. Der Lehrkräftearbeitsmarkt habe zur Zeit eine sozialdarwinistische Wirkung, so fasste Rainer Dahlhaus von der Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LeiS NRW) die aktuelle Lage zusammen.

Inklusion ist nicht nur ein sonderpädagogisches Thema

Für ein Beispiel gelingender Inklusion lohne ein Blick nach Südtirol, so Prof. Dr. Simone Seitz: Vor etwa 30 Jahren hat die Landesregierung dort entschieden, das Parallelsystem von Förderschulen und allgemeinen Schulen abzuschaffen. Seitdem geht es ausschließlich um das „Wie“ des Gemeinsamen Lernens. Das „Ob“ stellt niemand mehr infrage – anders als in NRW. Hier werde Inklusion noch immer als sonderpädagogisches Thema verstanden, was viele Probleme verursache. Ein weiteres Missverständnis: Die UN-Behindertenrechtskonvention stärkt nicht das Recht von Eltern, sondern das der Kinder.

NRW braucht einen Professionalisierungsprozess und ein Umdenken, damit Inklusion auch hier gelingen kann. Wie in allen heterogenen Lerngruppen sollten Lehrkräfte nach den Stärken der Kinder fragen. Eine Potenzialorientierung muss an die Stelle der Kompetenzorientierung treten. Netzwerke zwischen Schulen sind hilfreich und selbstverständlich müssen die räumlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden.

Dr. Christina Herold, Vorsitzende der Landeselternkonferenz NRW, stellte fest, wie widersprüchlich das Schulministerium agiere: Auf der einen Seite sollen kleine Förderschulen durch Absenkung der Mindestgrößen erhalten bleiben, auf der anderen Seite soll es durch eine Bündelung von Schüler*innen mit Förderbedarf

GEW-Vorsitzende Marlis Tepe im Interview

Zusätzliche Ressourcen nötig

Bildungseinrichtungen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen brauchen zusätzliche Ressourcen. Die GEW-Bundesvorsitzende Marlis Tepe hat sich während ihrer Bildungsreise in NRW eine solche Schule genauer angeschaut.

nds: Wie geht es bundesweit mit der Umsetzung der Inklusion voran? Welche Anstrengungen sind auch auf Bundesebene erforderlich, um gutes Gemeinsames Lernen zu ermöglichen?

Marlis Tepe: Die Behindertenrechtskonvention zur Inklusion wurde 2009 von Bundeskanzlerin Angela Merkel ratifiziert. Der Begriff „Inklusion“ taucht im Koalitionsvertrag im Zusammenhang mit Bildung aber nicht auf. Die Bundesregierung sieht sich offensichtlich nicht zuständig. Das ist sie aber gegenüber den Ländern und Kommunen, damit die ihre Aufgaben leisten können. Die Inklusion geflüchteter Menschen wird im Koalitionsvertrag unter dem Begriff Integration abgearbeitet, aber auch erst im Zusammenhang mit der beruflichen Qualifikation und in Bezug auf Integrationskurse. Integration kommt im Zusammenhang mit frühkindlicher und schulischer Bildung nicht vor. Das halte ich für verantwortungslos, denn die Herausforderungen lassen sich ohne eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern und Kommunen nur auf dem Rücken der Beschäftigten und der Kinder bewältigen.

„Bildung kann nicht warten!“, fordert die GEW. Doch noch stellt Bildung für Geflüchtete Bildungseinrichtungen bundesweit vor große Herausforderungen. Welche Initiativen oder Einrichtungen hast du auf deiner Reise kennengelernt, denen die Integration von Geflüchteten trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gut gelingt?

Grundsätzlich ist es in den Schulen einfacher, die auf erprobte Lernkonzepte für individualisiertes und gleichzeitig strukturiertes Lernen zurückgreifen können und die das Unterrichtsmaterial gemeinsam vorbereiten und weiterentwickeln. Auch der rhythmisierte Ganztag kommt der Bewältigung der Aufgabe entgegen. An der Ganztagsgemeinschaftsschule Neunkirchen und der Herbert-Grillo-Gesamtschule in Duisburg-Marxloh konnte ich erleben, dass die Schulen aus langer Erfahrung mit individualisierten Lernkonzepten und einem breiten Angebot von Arbeitsgruppen im Ganztag geflüchteten und zugewanderten Schüler*innen gute Bildungsangebote machen



Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW

können. Diese pädagogische Erfahrung hilft. Damit viel mehr Schulen so arbeiten können, brauchen sie mehr Zeit für Fortbildung und kollegiale Beratung sowie Hospitationen, um voneinander lernen zu können.

Von Bildungsgerechtigkeit sind wir in Deutschland noch weit entfernt: Der Bildungserfolg hängt noch immer stark von der sozialen Herkunft ab. Welche Gegenmaßnahmen fordert die GEW von Bund und Ländern?

Das Ziel der GEW ist, alle Kinder stark zu machen, unabhängig von der sozialen oder ethnischen Herkunft. Deshalb fordern wir für Stadtteile, die von Armut geprägt sind, zusätzliche Ressourcen – verteilt nach einem Sozialindex. Wir benötigen Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams mit Zeit und Kreativität, um auf die Nöte vieler Jugendlicher einzugehen, sie zum aktiven Lernen zu motivieren und sie zu inspirieren, damit sie sich selbstbewusst ihren Platz in der Gesellschaft suchen können.

Der Bildungsbericht 2018 zeigt, dass für Kinder aus benachteiligten Familien der Bildungserfolg gesteigert werden konnte. Bei gleichbleibenden Bedingungen und gleicher Steigerungsrate wären gleiche Bildungserfolge jedoch erst in 100 Jahren erreicht. Damit sind wir nicht einverstanden. Schulen in sozial herausfordernden Lagen brauchen die besten Pädagog*innen. Sie können über verbesserte Arbeitsbedingungen sowie niedrigere Pflichtstunden und zusätzliche Ressourcen angezogen werden.

*Die Fragen für die nds stellte
Anja Heifel-Rohden.*

weniger Schulen des Gemeinsamen Lernens geben. Fördergruppen an allgemeinen Schulen als Teilstandort einer Förderschule einzurichten, lehnten die Diskussionsteilnehmer*innen ab.

Bund, Länder und Kommunen müssen an einem Strang ziehen

Der Beitrag von Ralph Fleischhauer, Abteilungsleiter im Ministerium für Schule und Bildung NRW, stellte den Lehrkräftemangel als Ursache dafür dar, dass die Landesregierung im Inklusionsprozess umsteuern müsse. Geld sei genug da. Anstelle von Lehrkräften werde jetzt anderes Personal in den Schulen eingestellt, das die pädagogische Arbeit gut unterstützen und ergänzen könne. In der mittelfristigen Finanzplanung des Landes sei nach hartem Ringen erreicht worden, dass ab dem Schuljahr 2019/2020 aufwachsend insgesamt 5.000 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte oder anderes Personal geschaffen werden. Die maximale Klassengröße von 25 sei allerdings nur haltbar, wenn die Kommunen genügend Schulplätze zur Verfügung stellen würden.

Marlis Tepe, Bundesvorsitzende der GEW, appellierte eindringlich an Bund, Länder und Kommunen, an einem Strang zu ziehen und mehr Geld in Bildung zu investieren statt die Verantwortung hin- und herzuschieben. Und Dr. Christina Herold ergänzte: „Es geht um unsere Zukunft. Wir können unsere Kinder nicht zehn Jahre in den Schrank stellen. Sie brauchen gute Bildung und gute Lernbedingungen jetzt.“ //



Dorothea Schäfer
Vorsitzende der GEW NRW

Lernraum Schule

Schulsanierung in Wuppertal: Der Klassenraum soll Heimat sein

Es ist ein Großprojekt: Vor ziemlich genau zwei Jahren startete die Gesamtschule Langerfeld in Wuppertal in eine umfangreiche, mehrjährige Sanierung. Der erste Bauabschnitt nähert sich nun dem Ende. Die nds hat bei Schulleiter Claus Baermann nachgefragt: Wie läuft's denn auf der Baustelle?

nds: Warum ist die Sanierung der Gesamtschule Langerfeld nötig geworden? In welchem Zustand waren die Gebäude und das Gelände vor Projektbeginn?

Claus Baermann: Die Gesamtschule Langerfeld befindet sich auf einem großen grünen Campus mit vier getrennten Schulgebäuden – wir nennen sie einfach Haus 1 bis 4 – und einer Dreifachturnhalle, die 2013 neu gebaut wurde. Gegründet wurde unsere Schule 1988 in einer ehemaligen Hauptschule und einer benachbarten Förderschule. In den vergangenen Jahren haben wir nur im Innern von Haus 1 umfangreich saniert und bis 2012 haben wir Haus 4 zusammen mit dem Schulträger und dem städtischen Gebäudemanagement Wuppertal – kurz: GMW – erweitert.

2015 haben wir eine Dokumentation über den Zustand unserer Schule erstellen lassen – das war der Beginn für die Planungen einer umfangreichen Komplettsanierung der anderen Gebäudeteile. Die Dokumentation hat schnell deutlich gemacht, wie groß der Sanierungsbedarf ist: Beim Brandschutz müssen wir nachbessern, und wir müssen etwas gegen die Schadstoffbelastung tun. In den Naturwissenschaften fehlen Räume und die vorhandenen Räume sind oft mangelhaft. Und wir müssen unbedingt die energetische Situation unserer Schule verbessern; vor allem die Gebäudehülle von Haus 1 ist in dieser Hinsicht eine Schwachstelle.

Welche Vision haben Sie für die Sanierung der Gesamtschule Langerfeld entwickelt und wer hat daran mitgewirkt?

Im Schuljahr 2016/2017 wurden mit dem GMW, dem externen pädagogischen Bauberater Raimund Patt von „Schulhorizonte“, der Hamburger Architektin Kirstin Bartels von „Cityförster architecture + urbanism“ und dem Schulträger Workshops der „Phase Null“ realisiert, an denen neben der Schulleitung auch die Kolleg*innen, die Schüler*innen und die Eltern beteiligt waren. Eine Lenkungsgruppe aus Vertreter*innen des GMW, des Stadtbetriebs Schulen der Stadt Wuppertal sowie unserer Schule hat diese Phase koordiniert. Das Ergebnis im Sommer 2017: zwei umfangreiche „Konzeptstudien Campus GEL“, die drei wesentliche Bauphasen für die kommenden Jahre vorsehen. Eine zentrale Grundidee unseres pädagogisch-räumlichen Konzepts sind die Jahrgangcluster der Jahrgänge 5 und 6. Sie ermöglichen kurze Kommunikationswege, offene und individuelle Unterrichtssituationen sowie die Stärkung von Teamstrukturen der Lehrer*innen. Die Gestaltung zukünftiger Schulbauten muss wegführen von den Flurschulen hin zu Schulgebäuden, die individuelles Lernen und kommunikative Strukturen unterstützen und herausfordern, gerade auch für das inklusive Arbeiten in multiprofessionellen Teams.

Das Sanierungsprojekt hat im Schuljahr 2016/2017 begonnen. Wo stehen Sie jetzt?

Im Moment befinden wir uns noch in der ersten Bauphase. Dazu gehören die Sanierung der äußeren Gebäudehülle von Haus 1, die Gestaltung des Außengeländes sowie die Errichtung eines Forums mit Stadtteilbüro des Sozialdienstes katholischer Frauen – kurz: SKF –

Lichtdurchflutet und offen – das Forum der Gesamtschule Langerfeld in Wuppertal wird künftig Raum für bis zu 500 Personen bieten. Foto: C. Baermann

und eines Stadtteilzentrums. Wir bauen eine Versammlungsstätte für circa 500 Personen und schaffen Raum für die Gemeinwesenarbeit des SKF: für Beratung, Kurse, Seminare, Arbeitskreise, kulturelle Veranstaltungen, Lernförderung und Elternarbeit. Gleichzeitig wird in der ersten Bauphase das Schulgelände aufwändig neu gestaltet, damit künftig Außenveranstaltungen stattfinden können und das Gelände zum Aufenthalt und zur Kommunikation einlädt. Dieser erste Bauabschnitt wird planungsgemäß und pünktlich bis zum Dezember 2018 fertiggestellt sein.

Wie geht es in der zweiten Bauphase weiter?

Während die erste Bauphase noch läuft, wurde parallel dazu im Juli 2018 der Grundsatz-

Phase Null

Um Schulen als zukunftsfähige Lernräume planen und bauen zu können, hat sich in den vergangenen Jahren ein Verfahren zur Planung von Schulneu- und Umbaumaßnahmen entwickelt, das der eigentlichen Bauplanung und -ausführung, den Phasen 1 bis 9, vorgeschaltet ist. Deshalb wird diese Planungsphase als „Phase Null“ bezeichnet.

Unterstützt durch ein professionelles Schulbauberatungsteam erarbeitet die Schule gemeinsam mit der Schulverwaltung und den Verantwortlichen für die kommunalen Gebäude ein pädagogisch basiertes Raumprogramm für ihre zukünftigen Lern- und Unterrichtsräume. Das Raumprogramm gibt an, welche Funktionen das zu planende Gebäude erfüllen soll. Es ist die Grundlage zum Beispiel für einen Architekturwettbewerb und für die Entwurfsplanung des Architekturbüros.

Dr. Petra Regina Moog, Marayle Küpper

beschluss für den zweiten Bauabschnitt vom Rat der Stadt Wuppertal bestätigt. Bis Ende 2018 muss das weitere Verfahren strukturiert und ein Architekturbüro beauftragt werden. Die Detailplanung der Ausschreibungen und die ersten Arbeiten sind für Ende 2019 vorgesehen. Gebaut wird dann bis Ende 2022.

In der zweiten Phase gestalten wir das Haus 2 neu, in dem die Jahrgänge 5 und 6 untergebracht sind, und es entsteht ein neuer Gebäudeteil für die Naturwissenschaften. Die Grundlage für diese Bauphase hat eine eigene Planungsgruppe geschaffen: In einem durch das Fachteam Pädagogik & Architektur moderierten Prozess wurden zunächst die pädagogischen Profile einer inklusiven Bildung im Ganztags geklärt, um sie schließlich in Raumskizzen und Funktionsdiagramme zu übertragen. Eine solche nutzungs- und zukunftsorientierte Bedarfsplanung konkretisiert den Auftrag für externe Objekt- und Fachplaner*innen.

Im zweiten Bauabschnitt geht es also vor allem um die jüngsten Schüler*innen der Gesamtschule Langerfeld. Wie muss eine Lernumgebung aussehen, die zu ihren speziellen Bedürfnissen passt?

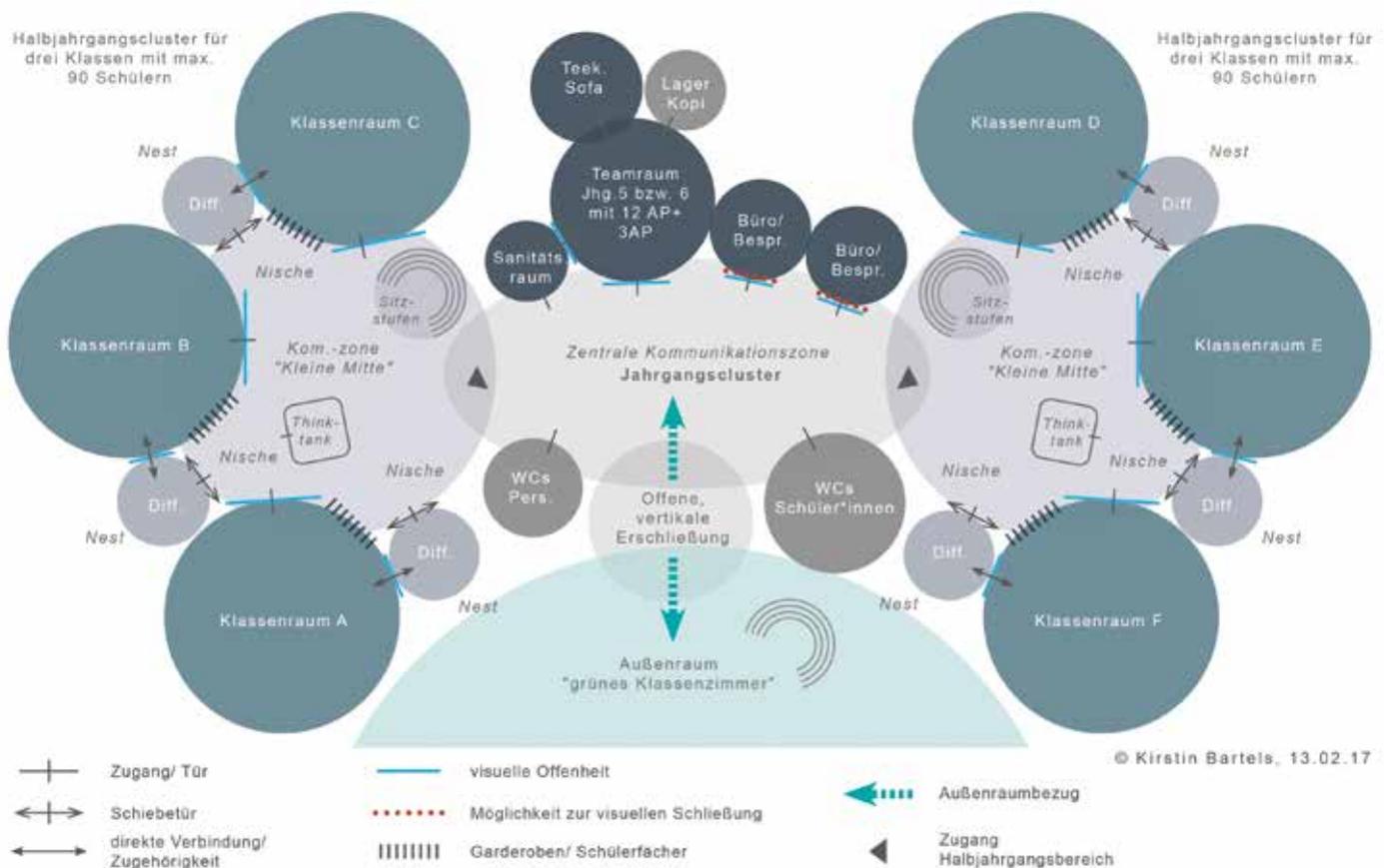
Die Planungsgruppe schreibt dem Klassenraum in den Jahrgängen 5 und 6 eine besondere Bedeutung im Sinne einer Heimat zu. Die Kinder kommen aus dem verhältnismäßig behüteten Rahmen der Grundschulen in das größere und für sie zunächst nicht erfassbare System der weiterführenden Schule. Sie brauchen zum Start einen festen Bezugsrahmen, unmittelbare Wege und einen bekannten, sicheren Ort der Zugehörigkeit und des Wohlfühlens im Sinne von: meine Wege, mein Raum, mein Platz, meine Klassengruppe.

Im Klassenraum und in der Nachbarschaft, im Raumcluster des Jahrgangs, finden die ersten Identifikationen mit der Schule statt. Dort lernen die Schüler*innen ihre Schule und einander kennen, finden sich allmählich zurecht, übernehmen Verantwortung und gestalten mit. Aus diesen ersten Ebenen der Zugehörigkeit erweitern sich die Wege der Kinder der Jahrgänge 5 und 6 zunehmend: Sie lernen die Besonderheiten der anderen Fachbereiche kennen, besuchen zusammen mit allen anderen Schüler*innen die Mensa in den Mittagspausen und erkunden nach und nach die übrigen Schulhäuser und den gesamten Campus.

Damit der Übergang in die weiterführende Schule gelingt, brauchen Schüler*innen der Jahrgangsstufen 5 und 6 sowohl Kontinuitäten, die sie aus ihrem früheren Alltag der Grundschulen kennen, als auch Diskontinuitäten, die die neuen Anforderungen der neuen Schule mit sich bringen. Das räumlich-pädagogische Konzept der Gesamtschule Langerfeld ermöglicht beides: Unsere Fünft- und Sechstklässler*innen können sich in ihrem neuen Cluster mit kurzen Wegen zu Hause fühlen und Verantwortung für ihre Klassengemeinschaft, für die Gestaltung sowie für das gute Miteinander übernehmen. Der Schultag ist rhythmisiert, methodisch vielfältig gestaltet, Unterricht und individuelles beziehungsweise kooperatives Lernen sind medial gestützt. Unsere Schüler*innen bilden eine Gemeinschaft im inklusiven Gemeinsamen Lernen, sie erleben Respekt und die Förderung der individuellen Vielfalt und sie sind gut versorgt – das sind die wesentlichen Grundsätze, nach denen unser Kollegium den schulischen Alltag gestaltet.

Das Raumprogramm für die beiden sechszehnjährigen Jahrgänge wird all diesen Anforderungen gerecht: Im Einstiegscluster der Jahrgänge

Jahrgänge 5 und 6: Räumlich-pädagogisches Konzept / Organisationsmodell Jahrgangcluster



Quelle: Kirstin Bartels, Raimund Patt: Gesamtschule Langerfeld in Wuppertal. Ergebnisbericht „Phase Null“. März 2017

5 und 6 sind die Kommunikationswege kurz gehalten und die Räume so gestaltet, dass die Teamstrukturen der Lehrer*innen gestärkt werden.

Und in der dritten Bauphase stehen dann vermutlich die Bedürfnisse der Schüler*innen ab Klasse 7 im Vordergrund.

Genau. 2023 wollen wir mit der Sanierung und dem Umbau von Haus 3, in dem später die Jahrgänge 7 und 8 untergebracht werden sollen, und der Mensa beginnen. Bis dahin ist hoffentlich auch die Finanzierung für den dritten Bauabschnitt gesichert. Außerdem werden in dieser Phase die Bereiche der Jahrgänge 9 und 10, die Fachräume der Bereiche Arbeitslehre / Technik und Kunst sowie der Abteilung Gymnasiale Oberstufe saniert. Gleichzeitig müssen Räume für die Berufsorientierung und Beratung, die das Ministerium heute schon fordert, in die Gesamtplanung einbezogen werden.

Im Jahr 2025 werden alle baulichen Veränderungen abgeschlossen sein und wir beginnen mit dem, was man etwas bürokratisch als neue „Gesamtnutzung“ der Campusschule Gesamtschule Langerfeld bezeichnet.

Können Sie uns verraten, was die Sanierung der Gesamtschule Langerfeld insgesamt kosten wird?

Die Kosten für den ersten Bauabschnitt mit dem Forum als Stadtteilzentrum und der energetischen Sanierung von Haus 1 liegen bei ungefähr sechs Millionen Euro. Dabei sind Fördermittel in nicht unwesentlicher Höhe aus dem europäischen „Fond für Regionale Entwicklung“ eingeflossen. Die Kostendimensionen für den zweiten Bauabschnitt lassen sich aufschlüsseln: Sanierung, teilweiser Abriss und Neubau von Haus 2 belaufen sich auf schätzungsweise 5,8 Millionen Euro, inklusive Einrichtungskosten. Für das neue Haus der Naturwissenschaften setzt der gefasste Grundsatzbeschluss 8,6 Millionen Euro an. Für den dritten Bauabschnitt – die Sanierung von Haus 3 und der Mensa – sind weitere 9,3 Millionen Euro veranschlagt.

Fest steht bis jetzt: Im Wirtschaftsplan der Stadt Wuppertal stehen bis 2022 ausreichende Finanzmittel für die Kernsanierung von Haus 2 und für den Neubau des Hauses der Naturwissenschaften zur Verfügung. Über die Finanzierung der dritten Baumaßnahme wird erst

im Rahmen der weiteren Haushaltsplanung entschieden werden.

Wie haben Sie als Schulleiter das Genehmigungsverfahren für die Sanierung Ihrer Schule erlebt?

Als Schulleiter einer großen Schule mit rund 1.380 Schüler*innen benötigt man für eine so groß angelegte Sanierung eine Menge Zeit, Energie und vor allem Geduld, um die Planungen mit und in den entsprechenden Gremien voranzutreiben. Die Zusammenarbeit mit dem GMW ist dabei durchaus konstruktiv und erfolgreich, aber natürlich gibt es bei solch einem Großprojekt Phasen der Be- und der Entschleunigung. Wir sprechen schließlich über einen Planungs- und Realisierungszeitraum von fast zehn Jahren. Eine Zeit, in der nicht nur geplant und gebaut wird, sondern gleichzeitig auch der normale Schulbetrieb weiterlaufen muss.

Wie wird sich das Lehren und Lernen an Ihrer Schule durch die Sanierung verändern?

Die erste große Veränderung wird die gesamte Schulgemeinde im Frühjahr und Sommer 2019 spüren: Dann feiern wir den 30. Geburtstag der Schule, den Abschluss des zehnten Jahrgangs und das Abitur der gymnasialen Oberstufe und werden dafür zum ersten Mal das neue Forum nutzen.

Aber auch auf lange Sicht betrachtet: Ja, die Neugestaltung mit Raumclustern, die konzeptionell neuen Räume für die Naturwissenschaften und die Umgestaltung des gesamten grünen Campus bis 2025 werden das „Miteinander Lernen“ und „Miteinander Leben“ an der Gesamtschule Langerfeld stark beeinflussen, verändern und neu prägen. Hinzu kommen ja auch noch andere, bereits angestoßene Prozesse der Schulentwicklung und neue, schulinterne curriculare Konzepte zur Medienbildung, zur Inklusion und zur erfolgreichen Berufsorientierung. Im Zusammenspiel werden diese Maßnahmen viel verändern und vor allem das Miteinander an unserer Schule stärken. //

*Die Fragen für die nds stellte
Anja Heifel-Rohden.*



Gesamtschule Langerfeld, Wuppertal
www.ge-langerfeld.de

Claus Baermann: Grüner Campus mit modernem Nutzungskonzept
www.tinyurl.com/sanierung-ge-langerfeld

GEW NRW: Themenseite „Schulsanierung“
www.gew-nrw.de/schulsanierung

Petra Regina Moog, Marayle Küpper: Phase Null. Lernraum gemeinsam entwickeln
www.tinyurl.com/moog-kuepper-phase-null



Hier wird noch bis Dezember 2018 gebaut. Aber das Forum der Gesamtschule Langerfeld beeindruckt schon jetzt – auch ohne Bühne, Bodenbelag und Saalbeleuchtung aus großen, farblich steuerbaren LED-Kreisen. Foto: C. Baermann

Lernraum Kita

Kleine Forscher*innen an der frischen Luft

Bei Wind und Wetter sind die rund 20 Kinder der Natur- und Waldgruppe des Kinder- und Familienzentrums der AWO in Oberhausen im nahegelegenen Generationengarten unterwegs. Nur bei extremen Witterungsverhältnissen suchen sie Unterschlupf in einem kleinen Fachwerkhäuschen oder in der Einrichtung. Wie wirkt sich dieser spezielle Lernraum auf die Kinder und Erzieher*innen aus? Und wie organisieren sie ihren Gruppenalltag? Ein Kurzbesuch im Wald.

Klassische Lern- und Bewegungsräume bieten oft wenig Freiraum für Lernende und Lehrende. Das Kinder- und Familienzentrum der AWO in Oberhausen betreibt seit 2013 im sogenannten Generationengarten eine Natur- und Waldgruppe, die für Kinder von drei bis sechs Jahren geöffnet ist. Das Konzept der Waldgruppe entspricht dem des dazugehörigen Regelkindergartens in der Friesenstraße, unterscheidet sich aber insofern, als dass der größte Teil des Alltags in der Natur stattfindet und die Lernkonzepte daran angebunden sind.

Schon vom Eingang des Gartens aus ist ein kleines Fachwerkhäuschen sichtbar: Hier ist Treffpunkt der rund 20 Waldkinder und ihrer drei Betreuer*innen. Es ist neblig, aber die Sonne kämpft sich durch den diesigen Himmel. Die Wärme des kommenden Tages ist schon zu spüren. Als der Generationengarten 2005 geschaffen wurde, unterhielt der Kindergarten dort nur ein Beet, da aber Betreuungsplätze für Kinder ab drei Jahren fehlten, kam die Idee auf, eine Natur- und Waldgruppe zu errichten. Nach der morgendlichen Begrüßungsrunde besprechen die Kinder mit Erzieher Robin Focke das Datum, den Wochentag und die aktuelle

Wetterlage, das klappt auch schon sehr gut bei den vier Neuzugängen, die seit einer Woche eingewöhnt werden. Die Gruppe hat es sich dazu auf Sitzmatten vor dem Häuschen bequem gemacht. Dazwischen kräht ein Hahn, die Sonnenblumen wiegen ihre schweren Köpfe im Wind und die Sonne bricht endlich durch die Wolken. Die ersten Kinder werden ihre Jacken los.

Frühstück in Ruhe und unter freiem Himmel

Das Fachwerkhäuschen ist der einzige „feste“ Unterschlupf der Gruppe. Hier lagert unter anderem die wetterfeste Ausrüstung der Kinder. Der Innenbereich der Hütte bietet verschiedene Spielmöglichkeiten, mit denen sich die Kinder während der Abholzeiten beschäftigen können. Die Erzieher*innen verteilen die Dienste: Vier Jungen sind verantwortlich für die morgendliche Handwaschzeremonie vor dem Frühstück. Sie verteilen die „Seife“ und Trockentücher, bedienen den Wasserkanister oder halten die Mülltüte auf. Um die Umwelt zu schonen, waschen sich alle die Hände mit flüssiger Lava-Erde, die gefahrlos im Boden versickern kann.

Dann machen sich die Kinder und ihre Erzieher*innen über ihre Essensboxen her, die hier etwas größer ausfallen, weil sie Frühstücks- und Mittagsportionen beinhalten. „Ich genieße unser gemeinschaftliches Essen sehr“, sagt Erzieherin Nicole Quade. In der Waldgruppe lassen sie sich Zeit: Gegessen wird langsam und so lange, bis alle fertig sind. „Die Erzieher*innen müssen sich hier anders strukturieren“, sagt Einrichtungsleiterin Tanja Leve. In der regulären Kindertageseinrichtung ist der Ablauf wegen der unterschiedlichen Projektangebote individueller organisiert, außerdem werden die ersten Kinder um 12 Uhr wieder abgeholt.





Erste-Hilfe-Set im Bollerwagen

Nach dem Frühstück legen die Kinder selbstständig ihre Sitzmatten in den Bollerwagen, der die Ausrüstung für den Tag beinhaltet. Mit dabei auch eine kleine Auswahl an Wechselkleidung sowie manchmal Windeln und Feuchttücher für die Kleinsten, weil nicht die gesamte Ausrüstung für jedes Kind mitgenommen werden kann. Gewandelt wird übrigens im Stehen. „Das wichtigste Utensil sind allerdings die Kühlelemente aus dem Erste-Hilfe-Set“, sagt die Erzieherin. Während einer zweitägigen Fortbildung im Wald lernten sie und ihre Kolleg*innen, mit einfachen Dreieckstüchern Verletzungen zu schienen, aber auch Mandalas aus Naturmaterialien zu legen oder eine Schaukel aus zwei Karabinerhaken, einem Seil und einem Ast zu bauen.

Das Mutterhaus der Einrichtung, das die Gruppe aber nur in wetterbedingten Notfällen aufsucht, liegt rund sieben Autominuten vom Generationengarten entfernt. Die Waldkinder werden 35 Stunden pro Woche, täglich in der Zeit von 7.30 Uhr bis 14.30 Uhr, von zwei Vollzeitkräften und einer 20-Stunden-Kraft betreut. „Für eine Gruppe Drei- bis Sechsjähriger ist das Luxus, hier aber nötig. Diese Möglichkeit haben

wir in der Einrichtung nicht zur Verfügung“, sagt Tanja Leve.

Lernen im Rhythmus der Natur

In der Waldgruppe liegt der Fokus auf Bewegung und Wertschätzung der Natur: Läuft der Gruppe ein Igel über den Weg, dann ist der Igel das Thema. Spielen die Kinder auf der Apfelwiese, wird das Thema Apfel besprochen. Senior*innen und Kleingartenvereine helfen beim Gemüseanbau und säen zusammen mit den Kindern Blumen im gruppeneigenen Beet aus. Im Generationengarten erleben die Kinder Tiere und deren Wachstumszyklen hautnah: Vogelvolieren, Kaninchen- und Hühnerställe sowie Bienenstöcke laden zur Erkundung ein. „Wir geben den Kindern die Möglichkeit, selbstständig zu forschen und sich aktiv mit Problemen und Fragestellungen in der Natur auseinanderzusetzen sowie Wirkungszusammenhänge zu entdecken“, erklärt Tanja Leve. Dazu zähle auch, die Lebenszyklen in der Natur und Umwelt zu beobachten und den sorgsam Umgang mit den natürlichen Ressourcen und Lebewesen einzuüben. „Aber die Waldkinder leihen sich auch manchmal ‚Spielzeug‘ wie Roller und Dreiräder aus der Haupteinrichtung

aus und besuchen ebenfalls die Bücherei und die Feuerwehr“, erzählt sie weiter.

Mittlerweile brennt die Sonne ziemlich im Nacken. Die Kinder stellen sich am Bollerwagen in Zweiergruppen auf, die alten Hasen nehmen die Neuzugänge an die Hand. Bis sich alle sortiert haben, dauert es ein wenig. Durch den angrenzenden Kaisergarten läuft die Gruppe Richtung Waldplatz. Sportler*innen und Spaziergänger*innen kreuzen den Weg, man kennt sich oder fragt interessiert nach. „Die Waldgruppe funktioniert wie Freiluftwerbung für die Kita“, sagt Tanja Leve lachend. Die schwülwarme Stadtluft verwandelt sich schnell in angenehm kühle Waldluft. Auf dem Platz angekommen, lassen die Kinder ihre Rucksäcke neben den Bollerwagen plumpsen und strömen aus.

Der Waldplatz bietet unterschiedliche Spielbereiche: Noah legt sich in ein Bett aus Baumrinde und blickt versonnen in die Baumkronen. Zwei dreijährige Mädchen fliegen auf einem geschwungenen Baumstamm davon. Eine andere Gruppe reißt das aus Holzstämmen gebaute Tipi ab und errichtet am nächstgelegenen Baum eine Raumstation daraus. Vorher war hier der Kletterbaum. Kleine Kinder hantieren mit sehr großen Ästen, sie fallen mit Schmackes auf den feuchten Waldboden und stehen wieder auf, als wäre nichts gewesen. „Komischerweise gibt es mit den Ästen nie Unfälle, eher verletzen sie sich an einer kleinen Nähnadel“, sagt Nicole Quade.

Wenig Spielzeug, viel Fantasie

„Wir müssen hier nicht ständig Spielmaterial austauschen wie in der regulären Einrichtung. Die Waldkinder entwickeln auch aus Rindenmulch eine Spielidee, und das bei fast jeder Wetterlage“, sagt Tanja Leve. Es sei denn, draußen herrschen minus zehn Grad und den Kindern





schmerzen die Finger, dann sammelt sich die Gruppe in der Hütte vor dem Ofen. Neben dem Waldplatz darf die Gruppe auch andere Orte im Kaisergarten nutzen: Frühstück gibt es meist am sogenannten Märchenbaum, im Winter rodeln sie am nahegelegenen Ottopberg und auch auf den Freiflächen des Kaisergartens ist die Gruppe unterwegs. Neben dem Spielen, Forschen und Erkunden im Wald finden auch unterschiedliche Projekte, wie zum Beispiel Brandschutzerziehung, Verkehrserziehung, Sprachförder- und Ernährungsprojekte statt: „In Kleingruppen erarbeiten wir gemeinsam mit den Kindern diese Projekte“, sagt Nicole Quade. Die tägliche Freispielzeit endet um kurz vor 12 Uhr, dann folgt ein Spielkreis auf dem selbstgebauten Waldsofa, sodass die Kinder für das folgende Mittagessen zur Ruhe kommen. Kurz nach 13 Uhr zieht der Waldtross zurück in Richtung Fachwerkhäuschen.

Übergang in die Schule: Können die Kinder still sitzen?

Auch die Rückmeldungen der Lehrer*innen sind beim Übergang in die Schule durchweg positiv: Die Kinder sind ausgeglichener und konzentrierter, können besser Konflikte lösen, und trotzdem mit Stift oder Schere umgehen. „Der Wechsel meiner Tochter in die Schule verlief problemlos. Das finde ich bemerkenswert, nach all der Bewegung im Kindergarten. Es scheint, als hätte sie sich in den drei Jahren ausgetobt“, bestätigt auch Nina Urbanski, die als eine der ersten Mütter ihre Tochter in der Waldgruppe betreuen ließ. Nicht alle Kinder haben von Anfang an einen starken Bezug zur Natur und auch die Einstellung der Eltern muss stimmen.

Wer als Elternteil die Erzieher*innen bittet, sie mögen aufpassen, dass das Kind sich nicht beschmutzt, ist in der falschen Gruppe. „Auch privat sollten die Eltern das Konzept ansatzweise leben“, sagt Nicole Quade. Das gilt auch für die Betreuer*innen.

Auch Kolleg*innen aus der Einrichtung, die ab und zu im Wald aushelfen, sind angetan von der Ruhe: Kein Telefonklingeln, kein Türschlagen und kein permanenter Lärmpegel stören die Arbeit im Freien. In den Pausenzeiten verlassen die Erzieher*innen die Gruppe und ruhen sich aus, bei Sonnenschein unter anderem auf Holzliegen im Kaisergarten. Im Winter steht ein Aufenthaltsraum im angrenzenden Ausbildungszentrum (ZAQ) zur Verfügung.

Der vielleicht einzige Nachteil der Waldgruppe aus Sicht der Eltern: Die Mehrkosten für mehrere Monturen hochwertigerer Funktionskleidung. „Nur mit Matschsachen vom Discounter kommen wir nicht durchs Jahr“, sagt Nicole Quade. Ein großer Vorteil hingegen ist: Sowohl die Kinder als auch die Erzieher*innen haben deutlich weniger Infekte und ein stärkeres Immunsystem. Außerdem verinnerlichen sie Gruppenrituale zügiger und werden schneller selbständig. //



AWO Kinder- und Familienzentrums Natur- und Waldgruppe
www.tinyurl.com/awo-waldgruppe



Roma Hering
 freie Journalistin



Die Kinder der Natur- und Waldgruppe sind den ganzen Tag an der frischen Luft und spielen meistens mit natürlichen Materialien.
 Fotos: A. Etges



Lernraum Hochschule

Ein Umbau bei laufendem Unibetrieb

Die Universität Bielefeld wird saniert und umgebaut – bei laufendem Betrieb. Eine Mammutaufgabe, die der Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) NRW als Eigentümer gemeinsam mit der Universität stemmen muss. Nina Kothy ist Referentin für Interne Kommunikation und Baukommunikation an der Universität Bielefeld. Im Interview erzählt sie, wie der Charakter der Uni erhalten bleibt und welche Herausforderungen dabei zu meistern sind.

Frage: Die Universität Bielefeld ist wie viele andere NRW-Unis sehr alt und muss saniert werden. Welche Baumaßnahmen sind geplant?

Nina Kothy: Das mehr als 40 Jahre alte Hauptgebäude der Universität Bielefeld muss umfassend modernisiert werden. Die Anforderungen an Lehr-, Studien-, Forschungs- und Arbeitsbedingungen haben sich verändert, die Haustechnik ist veraltet, beim Bau der Universität wurden Schadstoffe verwendet und das Gebäude muss an neue Brandschutz- und Energieeinsparverordnungen angepasst werden – das sind die Hauptgründe für die Modernisierung. Bei einem der größten zusammenhängenden Gebäude Europas mit einer Nutzfläche von rund 145.000 Quadratmetern ist das eine Mammutaufgabe. Bauherr der Arbeiten ist der BLB NRW. Die Modernisierung des Hauptgebäudes ist nach aktuellen Planungen in sechs Bauabschnitte unterteilt.

Im Moment laufen die Arbeiten im ersten Bauabschnitt. Was passiert gerade im Universitätshauptgebäude?

Im aktuellen ersten Bauabschnitt läuft derzeit die Entfernung von Schadstoffen. Geplant ist die komplette Modernisierung von rund 30.000

Quadratmetern Nutzfläche sowie ein Anbau, in dem Büroräume und Seminarräume sowie unter anderem eine neue Cafeteria untergebracht werden. Auch der Haupteingang wird im ersten Bauabschnitt neu gestaltet.

Neben der Modernisierung des Hauptgebäudes baut die Universität aktuell ein Bürogebäude und ein neues Hörsaalgebäude. Gründe sind konstant hohe Studierendenzahlen sowie der Zuwachs bei den Professuren. Bei beiden Neubauten ist die Universität selbst Bauherrin. Außerdem haben wir ein weiteres Großprojekt in Aussicht: Die Uni Bielefeld bekommt eine Medizinische Fakultät. Auch dafür brauchen wir zusätzlichen Raum. Die Planungen für die notwendigen Flächen laufen gerade. Unser Ziel bei allen Bauprojekten ist es, sie auf dem Campus zu realisieren, um kurze Wege zu haben und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Wie lassen sich der laufende Hochschulbetrieb und der Umbau miteinander vereinbaren?

Für die Universität Bielefeld hat es Priorität, gute Studien-, Lehr-, Forschungs- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Dafür sind Modernisierungen notwendig und wir nehmen Einschränkungen in Kauf, die sich durch die



Nina Kothy, Referentin für Interne Kommunikation/Baukommunikation der Uni Bielefeld.

Baustelle ergeben. Insgesamt gibt es im Alltag aktuell aber wenig Probleme. Zu Beginn der Arbeiten mussten wir uns natürlich alle an die neue Situation gewöhnen – neue Räume, neue Wege, eine Baustelle im Gebäude –, aber mittlerweile hat es sich eingespielt. Durch ungewöhnliche Wege wollen wir das Beste aus der Bausituation machen. Beispielsweise haben wir die Bautrennwand, die sich auf fünfzig Metern durch die zentrale Halle zieht, von Graffiti-Künstlern besprayen lassen und nutzen diese Wand einmal im Semester als Kinoleinwand.

Die Modernisierung hat im November 2014 begonnen. Wie lief der Planungsprozess ab?

Sowohl beim Bauherrn, dem BLB, als auch innerhalb der Universität gibt es viele Expert*innen, die die Modernisierung begleiten und planen. Die Nutzer*innen konnten Wünsche

Campus Bielefeld

Baustelle im Netz

Die Universität Bielefeld informiert Studierende und Beschäftigte in Echtzeit über den Stand der Baumaßnahmen auf dem Campusgelände: Auf Twitter sind Fotos, Videos und Grafiken zu den geplanten Umbau- und Ausbaumaßnahmen zu finden, die sich noch mehrere Monate hinziehen werden. Eigene Baureporter*innen berichten von der Baustelle. Darüber hinaus weist die Universität über diesen Kanal regelmäßig auf Verkehrsinfos hin, wenn die Bauarbeiten und der laufende Unibetrieb miteinander kollidieren könnten. **Mehr unter twitter.com/UniBielefeldBau** *ku*

und Vorstellungen äußern. Ziel ist es, möglichst viele Interessen unter einen Hut zu bringen, auch wenn das manchmal eine Herausforderung ist. Natürlich müssen der BLB und die Uni dabei auch gesetzliche Vorgaben beachten und den Kostenrahmen im Blick behalten.

Wie sieht die Beteiligung der Beschäftigten und der Studierenden in der Praxis aus?

Ein kleines Beispiel ist die Universitätshalle: Sie hat sich durch die Bauarbeiten verändert, die Mensa ist in ein anderes Gebäude gezogen und ein Teil der Halle ist für die Bauarbeiten gesperrt. Dadurch hat der große Raum an Lebendigkeit verloren. Mit einer Befragung und einem Workshop sammeln wir momentan neue Ideen für die Universitätshalle. Daran können sich alle Studierenden und Beschäftigten beteiligen.

Sie machen den Umbau insgesamt sehr transparent. Es gibt sogar einen eigenen Twitter-Account, der die einzelnen Maßnahmen

öffentlich macht. Warum haben Sie sich für diesen Weg entschieden?

Für die Universität ist es von zentraler Bedeutung, die Studierenden und Beschäftigten über die Arbeiten auf dem Laufenden zu halten. Dabei sind wir ehrlich und transparent, denn nur so erreichen wir größtmögliche Akzeptanz. Wir alle müssen mit den Einschränkungen umgehen, die eine Baustelle mit sich bringt. Wer sich für die Maßnahmen interessiert, sollte daher auch Informationen dazu bekommen. Dafür nutzen wir Soziale Medien genauso wie klassische Meldungen und für große Themen auch Veranstaltungen. Zudem gibt es eine Ansprechperson, an die sich die Beschäftigten und Studierenden bei Fragen oder Rückmeldungen wenden können.

Wie muss eine zukunftsfähige Hochschule gestaltet sein? Was müssen die Räumlichkeiten Ihren Erfahrungen nach bieten, damit Studierende und Lehrende sich in der Uni wohlfühlen und optimal lernen und lehren können?

Für uns spielen Kommunikations- und Begegnungsräume eine große Rolle. Die Universität Bielefeld hat eine ausgeprägte Kommunikationskultur. Das spiegelt sich auch in der außergewöhnlichen Architektur wider. Unser Hauptgebäude ist geprägt von einer rund 200 Meter langen zentralen Halle, die das „Herz“ der Universität bildet. Auch hier laufen Modernisierungsarbeiten. Eine Herausforderung ist es daher, die Halle als kommunikativen Raum zu behalten. Wir sind froh, dass die Planer*innen diesen Gedanken in den Umbauplanungen berücksichtigen.

Das lässt sich auch an bereits abgeschlossenen Projekten erkennen: 2014 hat die Universität neben dem Hauptgebäude einen Neubau eröffnet. Dadurch ist ein komplett neuer Außenbereich mit einem verkehrsberuhigten Boulevard und einer Rasenfläche entstanden. Durch die Architektur ist er zum kommunikativen Treffpunkt geworden. Zuvor hatte dieser Bereich keine große Bedeutung. Nun wird dort gearbeitet, eine Kaffeepause gemacht oder die Sonne genossen.

Was kostet der komplette Umbau? Und wann kann die Uni Bielefeld das Großprojekt abschließen?

Seit Mitte des Jahres sucht der BLB nach einem Generalunternehmer für den ersten Bauabschnitt. Parallel läuft die Entfernung der Schadstoffe. Geplant ist, dass Ende 2019 der Generalunternehmer mit den Arbeiten vor Ort beginnt. Der BLB kalkuliert das Auftragsvolumen für den ersten Bauabschnitt derzeit mit einem niedrigen dreistelligen Millionenbetrag. //

Die Fragen für die nds stellte Jessica Küppers.



Universität Bielefeld: Bauportal
www.uni-bielefeld.de/bau



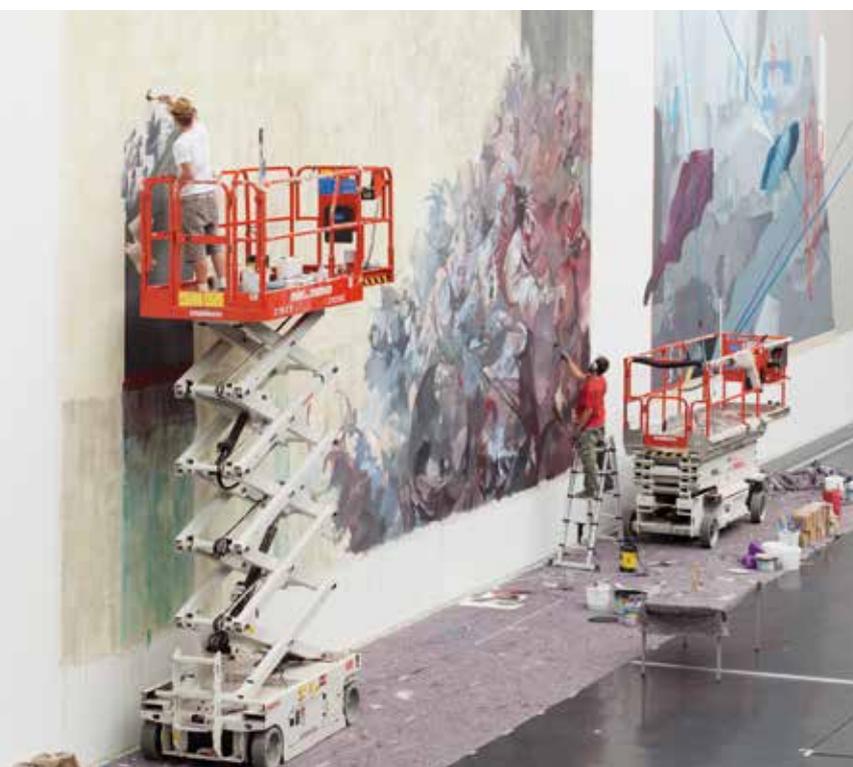
Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Modernisierung des Hauptgebäudes der Universität Bielefeld
www.tinyurl.com/blb-uni-bielefeld



Campus TV Bielefeld: Baureporter
www.tinyurl.com/baureporter



GEW NRW: Themenseite „Hochschule und Forschung“
www.gew-nrw.de/hochschule-forschung



Eine Trennwand, die sich durch die zentrale Halle der Uni zieht, wurde von Künstlern gestaltet und dient gelegentlich als Kinoleinwand. Fotos: Universität Bielefeld

Lernraum Schule

Hier stinkt's zum Himmel!

Ganz schlechte Noten verteilen die Wuppertaler Schulen an ihre Stadt, wenn es um den Hygienezustand der Schulgebäude geht. Wie sieht's aus in Wuppertaler Schulen? Und zeigt das Engagement der GEW-Kolleg*innen vor Ort Wirkung?

Kaum hatte die GEW in Wuppertal mit einer Umfrage zur Reinigungssituation in den Schulen auf die sich häufenden Beschwerden reagiert, trafen zahlreiche Rückmeldungen ein, alle mit der gleichen Tendenz: Es wird viel zu selten geputzt, die Klassenräume sind nur alle zweieinhalb Tage dran – auch im Winter, wenn Schnee und Nässe die Räume schnell verschmutzen. Klassenräume verdrecken, Tische werden selten bis nie abgewischt, von Schränken und Regalen ganz zu schweigen. Manche Fenster und auch Fensterbänke sehen die Fensterputzer*innen nur einmal im Jahr, Waschbecken bleiben ungeputzt, Wollmäuse und Silberfischchen fühlen sich wohl in den Einrichtungen. Es gibt Schulen, in denen Lehrkräfte regelmäßige „Putztreffs“ abhalten, weil die Situation ohne diese Eigeninitiative nicht mehr tragbar ist. Die Reinigungskräfte geben sich große Mühe, haben aber entschieden

zu wenig Zeit für die zu reinigenden Flächen. Turboputzen ohne Qualität ist die Folge.

GEW Wuppertal erzielt Teilerfolge am „Runden Tisch Schulreinigung“

Dies alles hat die GEW Wuppertal der Stadt in einem offenen Brief vorgetragen und die reagierte immerhin mit der Gründung eines „Runden Tisches Schulreinigung“ unter der Leitung von Schuldezernent Stefan Kühn. Außerdem nehmen der GEW-Stadtverband, die Schulausschussvorsitzende Renate Warnecke, die Sprecher*innen aller Schulformen, Dr. Uwe Flunkert, Leiter des städtischen Gebäudemanagements, und weitere Vertreter*innen teil. Viermal hat der Runde Tisch mittlerweile getagt. Alle Beteiligten finden diesen Austausch gut, auch wenn bisher nur wenige erfolgversprechende Schritte zur Verbesserung der Reinigungssituation gegangen wurden.

Verbessert wurde die Transparenz über die konkreten Anforderungen an die Reinigungsfirmen, indem die Leistungsbeschreibungen allen Schulen zur Verfügung gestellt wurden. Auch das Beschwerdemanagement wurde durch eine eigene E-Mail-Adresse und ein Beschwerdetelefon optimiert. Ebenso hat die Stadt die Reinigungs-

kontrolle gestärkt und dafür einen zusätzlichen städtischen Reinigungsmeister eingestellt.

Saubere Schultoiletten? (K)eine Selbstverständlichkeit!

Die Schüler*innentoiletten sind ein besonderes Kapitel, denn sie stinken zum Himmel! Wenn 250 Grundschüler*innen einer offenen Ganztagsgrundschule ihre Toiletten vormittags benutzt haben, dann ist doch klar, dass spätestens um 13 Uhr noch einmal geputzt werden muss, damit man es bis 16 Uhr aushalten kann. Vor allem weiterführende Schulen sammeln inzwischen – am Rande der Legalität – Geld von den Schüler*innen ein und beschäftigen eigene Servicekräfte für die Toiletten.

Die Forderung nach einer zweiten Toilettenreinigung am Tag für Schulen mit Ganztagsbetrieb lehnte die Stadt zunächst aus Kostengründen ab. Zumindest stellt sie jedoch seit Februar 2018 eine „Putzfeuerwehr“ zur Verfügung, die alle Schulen unbürokratisch anfordern können, wenn eine stärkere Verschmutzung auftritt.

Städtische Verantwortung statt Reinigungsmafia

Doch die GEW Wuppertal bleibt bei ihrer Forderung nach Einführung einer zweiten Toilettenreinigung und hat dabei die Unterstützung von den Schulen. Zusätzlich hat die Bildungsgewerkschaft beim letzten Runden Tisch im September 2018 gefordert, die Schulreinigung wieder unter Verantwortung der Stadt zu stellen und sie durch feste Beschäftigungsverhältnisse zu organisieren. Andere Kommunen wie zum Beispiel Bochum haben damit gute Erfahrungen gemacht. Der Vorteil liegt auf der Hand: Endlich hätten die Schulen wieder einen festen Stamm von Reinigungskräften als direkte Ansprechpartner*innen und der immense Zeitdruck würde wegfallen, den Reinigungsfirmen – von manchen auch als Reinigungsmafia bezeichnet – auf die Putzkräfte ausüben. Und es wäre ein Schritt, der befristete Arbeitsplätze zu vermeiden hilft und tarifliche Beschäftigungsverhältnisse fördert. Die GEW in Wuppertal bleibt dran! //



Helga Krüger

Mitglied im Leitungsteam der GEW Wuppertal



GEW-aktiv 2018

#mitdiesenjungenleuten

Moderiert von Steffi Neu, WDR, und mit einem Impulsreferat von Martina Gille vom Deutschen Jugendinstitut ging es am 7. September 2018 in die Debatte mit diesen jungen Leuten: Jessica Rosenthal, stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende, Felicitas Orehovec, Teilnehmerin am Mentoring-Programm von ver.di, und Eric Schley, Bezirksjugendsekretär des DGB NRW. Unter dem Hashtag #mitdiesenjungenleuten soll über GEW-aktiv 2018 hinaus diskutiert werden. Gelingender Generationenwechsel ist eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche GEW NRW in den nächsten Jahren. Deshalb standen junge Aktive im Fokus der Tagung GEW-aktiv. **Mehr unter www.tinyurl.com/gew-aktiv-2018**

Text: krü, Fotos: Haifischbaby



#mitdiesenjungenleuten

Wie kann der Generationen-dialog gelingen?

Was muss Gewerkschaft tun, um den Generationenwechsel zu schaffen? Wie muss sie sein, damit junge Menschen mitmachen wollen? Jessica Rosenthal ist GEW-Mitglied und hat als stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos ein erfolgreiches Beispiel für politisches Engagement junger Menschen begleitet: Die #nogroko-Aktion. Was hat sie daraus gelernt?

Gewerkschaften sind Orte der Solidarität und des Zusammenhalts. Einerseits, weil sie beides in der Gesellschaft einfordern und verteidigen – in Zeiten wie diesen unverzichtbar. Andererseits, weil sie mit ihrem Kampf für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne Gelingensbedingungen für ein solidarisches Zusammenleben erstreiten. Orte der Solidarität sind sie aber auch mit Blick auf die eigenen Strukturen. Denn hier schließen sich ganz unterschiedliche Menschen zusammen, um diesen Kampf gemeinsam zu führen. Dies gilt auch und besonders für verschiedene Generationen, die hier zusammenkommen. Als Angehörige der jüngeren Generationen war und ist es für mich sehr oft eine Bereicherung, von den Erfahrungen der Älteren zu profitieren. Die Gemeinschaft verschiedener Generationen innerhalb unserer Strukturen ist wertvoll. Das gilt es anzuerkennen und nicht gering zu schätzen.

Nichts desto trotz brauchen wir nicht darum herum zu reden, dass unsere Mitgliedsstrukturen überaltert sind. Das gilt für die GEW NRW, genauso aber auch für andere Strukturen wie beispielsweise Parteien. Das mag mitunter daran liegen, dass der demografische Wandel seinen Beitrag leistet, aber auch daran, dass sich junge Menschen weniger in dieser Art Organisationen engagieren.

Junge Menschen mögen unverbindliches Engagement

Wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen-gesellschaftlichen Teilnahme junger Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren ergab, wird Engagement mit unverbindlichem Charakter eindeutig bevorzugt. Nur 38 Prozent der repräsentativ ausgewählten Jugendlichen können sich beispielsweise vorstellen, aktiv in einer Gewerkschaft mitzuarbeiten. Kritischer Konsum, Demonstrationen oder Onlinepetitionen sind der Studie zufolge weitaus beliebter. Zudem fällt auf, dass das Geschlecht und der Bildungsabschluss Auswirkungen auf das politische Engagement haben. Es engagieren sich nur 28 Prozent der Mädchen politisch. Bei jungen Menschen mit niedrigerer Bildung ist die Chance auf politisches Engagement 38 Prozent geringer als bei höher gebildeten Menschen.

Das Fehlen junger Menschen in den Strukturen der GEW NRW ist problematisch, weil Themen junger Menschen deshalb weniger vorkommen und damit die Begegnung der Generationen ebenfalls. Letztendlich führt das auch dazu, dass die Bildungsgewerkschaft noch weniger attraktiv für junge Menschen wird. Ein Teufelskreis, aus dem wir einen Ausweg finden

müssen. Doch wie kann dieser Ausweg aussehen? Eines vorweg: Eine abschließende Antwort gibt es nicht. Das Augenmerk muss sich jedoch auf zwei unterschiedliche Fragen richten: Wie lassen sich junge Menschen zum Eintritt und zur Mitarbeit in der Gewerkschaft motivieren? Und wie beteiligen wir junge neue Mitglieder in unseren Strukturen? Diese Fragen stellen sich vor Ort genauso wie auf der Landes- und Bundesebene.

#nogroko: Politisierung und Inhalte zählen

Die jüngste Kampagne der Jusos gegen die Große Koalition unter dem Hashtag #nogroko, die ich als stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende aktiv begleiten durfte, hat in meinen Augen gezeigt, wie wichtig vor allem die verstärkte Politisierung ist. Zahlreiche junge wie alte Menschen sind nicht nur in die SPD eingetreten, sondern haben sich aktiv an der Diskussion beteiligt, sie haben sich mit Nachrichten gemeldet, die Mitgliederversammlungen allerorts platzten aus allen Nähten. Es war die Politisierung der Debatte, auch im Kontrast zur einschläfernden Politik der vergangenen Jahrzehnte, die zu dieser Beteiligung motivierte. Es war für alle anstrengend, diese Debatte zu führen, aber ich bin davon überzeugt, dass wir genau das wieder lernen müssen: Mit klaren Positionen in eine Debatte zu gehen und den Kompromiss nicht schon vorwegzunehmen.

Die #nogroko-Kampagne hat aber auch gezeigt, dass junge Menschen ernst zu nehmen

sind und ihre Meinung Gewicht hat. Die Unterrepräsentanz meiner Generation an vielen Stellen und nicht zuletzt in den Medien motiviert junge Menschen keineswegs, ihre Stimme zu erheben. Deshalb ist es immens wichtig, sie in der Breite auch an wichtigen und repräsentativen Stellen sichtbar zu machen. Dabei darf es nicht darum gehen, junge Aktive nur zu installieren, sondern ihre Meinung muss ernst genommen werden.

Für mich ist klar, dass Menschen, egal in welchem Alter, in eine Gewerkschaft eintreten, weil sie gemeinsam mit anderen für bessere Arbeitsbedingungen streiten wollen, für mehr Investitionen in Bildung und für faire Bezahlung. Was zählt, sind die Inhalte. Es braucht daher eine mutige GEW, die bereit ist zuzuspitzen, zu politisieren und als knallharte Anwältin für die Interessen der Arbeitnehmer*innen einzutreten – der Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen oder Erzieher*innen.

Alleinstellungsmerkmal der GEW: Solidarität zwischen Bildungssektoren

Die Probleme sind an allen Ecken und Enden zu sehen. Wir müssen sie noch stärker mit klaren Worten benennen. Dabei ist für mich gerade die Solidarität zwischen den einzelnen Bildungssektoren ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit und ein Alleinstellungsmerkmal der GEW. Wir sollten genau das noch stärker betonen. Eine gute Vorlage für eine Zuspitzung bietet beispielsweise die neue Datenschutzgrundverordnung. Ein Dienstrechner für alle Lehrer*innen ist die zu Recht aufgestellte Forderung der GEW NRW. Diese müssen wir noch vehementer vertreten und zuspitzen. Die Frage, wie wir unsere Forderungen deutlich nach außen aufstellen und uns noch stärker als Anwältin der Bildung profilieren können, müssen wir auf allen Ebenen stellen. Die Landesebene sollte mit gutem Beispiel

vorangehen, aber auch auf lokaler Ebene lohnt sich der Blick auf die wichtigen bildungspolitischen und arbeitsrechtlichen Probleme vor Ort. Sich öfter einzumischen und auch mal eine Pressemitteilung herauszugeben kann helfen, unser Profil zu schärfen. Dabei ist es auch wichtig, den Blick auf Fachbereiche zu richten, die außerhalb der Schule liegen.

Neben dieser notwendigen Politisierung und dem Fokus auf Inhalte sind natürlich die Strukturen wichtig. Warum sollte man eine zugespitzte Forderung beispielsweise nicht mal mit einer Onlinepetition verbinden? Die Reflektion der eigenen Strukturen auch im Hinblick auf die Möglichkeit, neue Engagierte einzubinden, kann ganz unabhängig vom Generationswechsel lohnend sein. Es kann die GEW vor Ort als Ganzes nach vorne bringen, die Vorstandssitzungen eventuell durch andere Inhalte als die der vergangenen Jahre zu ergänzen, andere Gruppen dazu einzuladen oder das Veranstaltungsprogramm um neue, offenere Formate zu erweitern.

Grundsätzlich sollten sich alle Beteiligten die Frage stellen, ob es überhaupt Themen und Angebote für junge Mitglieder gibt und falls nicht, wie man sie schaffen könnte. Das Problem sollte auf keinen Fall nur an jüngere Mitglieder ausgelagert werden. Es geht alle etwas an. Dabei muss beim Stichwort „Generationenwechsel“ nicht immer nur an Menschen unter 35 Jahren gedacht werden. Es kann durchaus auch hilfreich sein, dass man Menschen gezielt für Ämter anspricht, deren Kinder nun schon etwas älter sind und die gerne bereit sind, die frei gewordene Zeit zu investieren.

Entscheidend für das Engagement aller Generationen ist vor allem der Spaß am Engagement. Den kann man nicht verordnen.

Er entsteht, wenn man es schafft, dass Sitzungen und Veranstaltungen sich nicht als zweite Arbeit anfühlen. Dafür ist das Gefühl unerlässlich, gemeinsam etwas zu erreichen und für eine gemeinsame Sache zu kämpfen. Natürlich darf auch das Gefühl nicht fehlen, dass man willkommen ist und die eingesetzte Zeit und Energie gewürdigt werden.

Für uns junge Menschen ist es aus meiner Erfahrung schön, sich hin und wieder mit anderen jungen Menschen zusammensetzen und auszutauschen. Daher lohnt es sich, viel Energie in die junge GEW vor Ort zu investieren. Wenn man die Einbindung junger Menschen ernst meint, darf in letzter Konsequenz die Beteiligung an echten Positionen nicht fehlen. Dafür kann es auch mal nötig sein, den Personalratsposten persönlich nicht weiterzuführen, sondern ihn einer jungen Person zu überlassen.

Letztlich gibt es die eine Antwort nicht. Ausprobieren lohnt sich – wenn am Generationenwechsel alle gemeinsam arbeiten, kann er gelingen. //



GEW NRW: Themenseite „GEW-aktiv“
www.tinyurl.com/gew-aktiv-2018



Youtube: Film zu GEW-aktiv 2018
www.tinyurl.com/gew-aktiv-2018-film



Jusos: #nogroko FAQ
www.tinyurl.com/nogroko-aktion



Jessica Rosenthal

GEW-Mitglied und stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos



Lehrkräftemangel in NRW

Seiteneinsteiger*innen müssen unbedingt qualifiziert werden

NRW droht der Bildungsnotstand, weil auch im neuen Schuljahr viele Lehrkräfte fehlen. Schulen stellen deshalb vermehrt Seiteneinsteiger*innen ohne Lehramtsstudium ein. Umso wichtiger ist es, dass diese nachqualifiziert werden. Nur so gibt es eine echte Chance, dass sie dauerhaft an den Schulen unterrichten und die Qualitätsstandards erhalten bleiben.

„Land ohne Lehrer“ titelte Anfang September das Magazin „Stern“. Das stimmt so natürlich nicht; allein in NRW arbeiten 180.000 Lehrkräfte. Allerdings sind davon etwa zehn Prozent Quereinsteiger*innen oder Seiteneinsteiger*innen ohne Lehramtsstudium. Dazu kommen die nicht besetzten Stellen. Wenn zu Beginn des Schuljahres 2018/2019 in NRW von den zu besetzenden Stellen 3.700 nicht besetzt werden konnten, ist die Lage für die einzelne Schule dramatisch, die zum Teil mit gravierender Unterbesetzung arbeiten muss. Diese Zahl umfasst übrigens noch keine Stellen, die für eine bessere Ausstattung der Schulen, für andere Bedingungen im Gemeinsamen Lernen oder zur Vermeidung von Unterrichtsausfall aus Sicht der GEW NRW dringend erforderlich sind. Die achtprozentige Vertretungsreserve muss also beispielsweise noch hinzugerechnet werden.

Lehramtsstudierende besser begleiten und unterstützen

In dieser Situation genügt es mit Sicherheit nicht, nur die Zahl der Studienplätze für die Lehramtsstudierenden Primarstufe und Sonderpädagogik zu erhöhen und eine Werbekampagne für den Lehrberuf zu starten. Das ist zwar für die langfristige Sicherung des Lehrkräftebedarfs unerlässlich. Gespräche mit den Hochschulen über die große Bedeutung der Lehrer*innenbildung für

die Zukunft unseres Landes sind aber dringend erforderlich, damit die Lehramtsstudierenden anders begleitet und in ihrem Studium unterstützt werden. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Betreuungsrelationen.

Kurzfristig ist eine starke Offensive nötig, um Seiteneinsteiger*innen für den Beruf zu qualifizieren, sonst wird es tatsächlich zu einem Bildungsnotstand kommen. Für die GEW NRW ist aber wichtig, dass die Qualitätsstandards in der Lehrer*innenbildung nicht gesenkt werden. Auch die Kultusministerkonferenz hat in Beschlüssen und Verlautbarungen immer wieder betont, dass die Sondermaßnahmen zur Deckung des Lehrkräftebedarfs nicht mit Qualitätseinbußen verbunden sein dürfen.

Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus: Motivierte junge Menschen, die als Lückenbüller*innen für die Schule geworben werden, gibt es zur Genüge. Die Möglichkeit, sich nachträglich mit dem Erwerb des Lehramts zu qualifizieren, bekommen sie nicht.

Da ist zum Beispiel der junge Mann, der ein abgeschlossenes Hochschulstudium in Musik und umfangreiche Erfahrung in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen hat. Er hat pädagogische Musikfreizeiten mit Grundschüler*innen geleitet und vieles mehr. Während er am Gymnasium nach der Einstellung für das Fach Musik ein berufsbegleitendes Referendariat machen könnte, mit

dem Ziel, das Lehramt Gymnasium/Gesamtschule Sekundarstufe II zu erwerben, wird ihm an der Grundschule keine Möglichkeit dafür eröffnet. Oder da ist die Chemikerin, die über den Seiteneinstieg eine Stelle an einer Gesamtschule bekommen hat. Obwohl sie mittlerweile nicht nur Chemie, sondern auch Mathematik und Informatik unterrichtet und entsprechende Zertifikatskurse erfolgreich absolviert hat, gibt es keine Möglichkeit für sie, als volle Lehrerin anerkannt zu werden. Diese Beispiele lassen sich mit vielen weiteren real existierenden Fällen erweitern.

Möglichkeiten des Seiteneinstiegs an weiterführenden Schulen

Die Möglichkeit des Zugangs zum grundständigen Referendariat für berufserfahrene Hochschulabsolvent*innen ohne Lehramtsstudium muss wieder möglich werden. Eine Anhebung der Vergütung ist sinnvoll, um den Vorbereitungsdienst attraktiver zu machen.

NRW hat mit der Möglichkeit des berufsbegleitenden Referendariats nach der „Ordnung zur berufsbegleitenden Ausbildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern und der Staatsprüfung“ (OBAS) an weiterführenden Schulen schon vor Jahren einen wichtigen Schritt getan, um dem großen Mangel vor allem in bestimmten Fächern entgegenzuwirken. Dazu sind aber bessere Bedingungen nötig.

Der Gewerkschaftstag der GEW NRW hat bereits im November 2017 klare Forderungen formuliert: Der Ausbildungsanteil muss in der Qualifizierung nach OBAS erhöht werden. Zurzeit erhalten die Lehrkräfte in Ausbildung

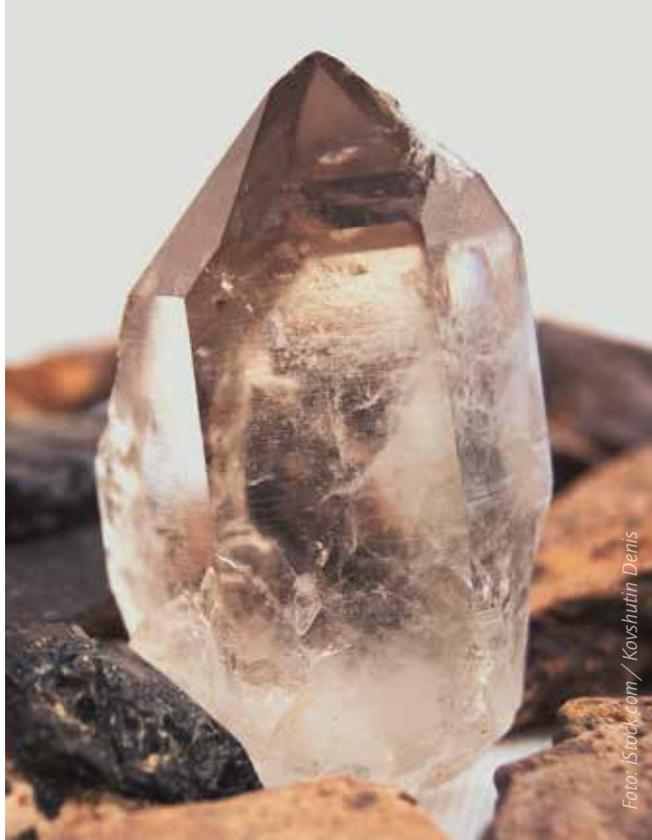


Foto: iStock.com / Kovshutin Denis



Foto: iStock.com / na3000

während der gesamten Ausbildungszeit durchschnittlich sechs Anrechnungsstunden auf ihre Unterrichtsverpflichtung und die Schulen eine Stunde. Angerechnet werden diese Lehrkräfte in Ausbildung der Schule aber mit einer ganzen Stelle. Die Ausbildungsanteile müssen für die Schulen bedarfserhöhend angerechnet werden. Für eine gute Unterstützung und Beratung von Seiteneinsteiger*innen sind die Anrechnungsstunden für die Mentor*innen deutlich zu erhöhen.

Bei einer Überarbeitung der OBAS wäre es sinnvoll, dass es vor der Übertragung von eigenverantwortetem Unterricht einen pädagogischen Einführungskurs mit zehn Stunden Hospitation und angeleitetem Unterricht in der Einsatzschule sowie Unterstützung durch das Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung gibt. Nach einem halben Jahr beginnt eine mindestens 18-monatige berufsbegleitende pädagogische Ausbildung mit 14 Stunden eigenverantwortlichem Unterricht. Wenn die Bewerber*innen über keinen Abschluss in einem schulaffinen zweiten Fach verfügen, müsste eine Möglichkeit für das Studium eines zweiten Faches geschaffen werden.

Seiteneinstieg an Grundschulen ist nicht zu Ende gedacht

Der große Mangel an Lehrkräften in der Grundschule verlangt deutlich mehr Maßnahmen. Für die Fächer Kunst, Musik, Sport und Englisch sowie für Bewerber*innen mit anderem Lehramt ist der Seiteneinstieg bereits geöffnet, um den Bedarf zu decken und Unterrichtsausfall zu vermeiden. Allerdings ist damit in der Regel kein Erwerb der Lehramtsbefähigung für das

Lehramt an Grundschulen verbunden. Eine vertragliche Verpflichtung zur Teilnahme an einer einjährigen „Pädagogischen Einführung“ in den Schuldienst ist Voraussetzung für die Einstellung. Diese Qualifizierung endet bei Nachweis der regelmäßigen Teilnahme mit einer Unterrichtserlaubnis für das jeweilige Fach. Die Lehrkräfte bleiben jedoch auf Dauer Tarifbeschäftigte in der Entgeltgruppe 10. Wenn sie ein anderes Lehramt haben, sind sie in der Entgeltgruppe 11.

Grundschulen brauchen dauerhafte Lösungen

Eine echte Bleibeperspektive fehlt auch beim aktuellen Angebot des Schulministeriums, arbeitslose Lehrkräfte mit dem Lehramt Gymnasium/Gesamtschule Sekundarstufe II für zwei Jahre an der Grundschule einzustellen mit der Zusage einer anschließenden Versetzung an ein Gymnasium oder eine Gesamtschule. Kein Wunder, dass bisher nur circa 150 Bewerber*innen das Angebot angenommen haben. Schließlich werden sie schlechter bezahlt als bei einer Vertretungsstelle am Gymnasium und haben keine Möglichkeit, das Lehramt Grundschule zu erwerben. Eine Verbeamtung ist damit ausgeschlossen und die schlechtere Bezahlung an einer Grundschule im Vergleich zu einer Stelle am Gymnasium motiviert nicht, an der Grundschule zu bleiben.

Hier zeigt sich erneut: Alle Lehrkräfte müssen als Einstiegsgehalt A 13 Z beziehungsweise EG 13 erhalten. Und für die Seiteneinsteiger*innen muss es möglich sein, nach erfolgreichem Durchlaufen der Maßnahmen als volle Lehrkräfte anerkannt zu werden. //

Schleswig-Holstein als Beispiel

Seiteneinstieg

Die Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen in Schleswig-Holstein dauert zwei Jahre. Sie erfolgt berufsbegleitend in zwei Fächern im befristeten Beschäftigungsverhältnis. Voraussetzung ist neben einem Hochschulabschluss in einem dringend benötigten Fach mehrjährige praktische Berufserfahrung. Lehramtsbewerber*innen dürfen nicht zur Verfügung stehen.

Im ersten Jahr unterrichten Seiteneinsteiger*innen eigenverantwortlich 15, im zweiten Jahr 16 Stunden. Sie nehmen zudem an Lehrveranstaltungen des Lehrer*innenbildungsinstituts teil. Die Bezahlung richtet sich nach dem Tarifvertrag (TV-L) und entspricht am Ende der von voll ausgebildeten Lehrkräften. Nach erfolgreichem Abschluss erfolgt eine dauerhafte Übernahme in den Schuldienst, gegebenenfalls auch im Beamten*innenstatus.

Um akute Not zu lindern, ist der Seiteneinstieg ein gutes Instrument. Immerhin erhalten die Seiteneinsteiger*innen eine Qualifizierung. Das ist viel besser, als Menschen unvorbereitet unterrichten zu lassen.

Bernd Schauer,

Geschäftsführer der GEW Schleswig-Holstein



GEW NRW: Themenseite „Lehrkräftemangel in NRW“
www.gew-nrw.de/lehrkraeftemangel



Dorothea Schäfer

Vorsitzende der GEW NRW

Landesstrategie und Weiterbildungsgesetz

Wohin will die Weiterbildung in NRW?

Während die Anforderungen kontinuierlich steigen, hat die Landesregierung zuletzt geplante Kürzungen immerhin zurückgenommen. An institutionellen Notlagen und flächendeckender prekärer Beschäftigung ändert sie trotzdem wenig. So kann es auf keinen Fall weitergehen, meinen die GEW NRW und der Gesprächskreis der Landesorganisationen für Weiterbildung. Was muss sich ändern, um die Qualität in den Einrichtungen langfristig zu sichern?

Welche Zukunftsthemen definieren die Weiterbildungseinrichtungen? Welche politischen Ziele verfolgen sie und welche Lösungen schlagen sie dafür vor? Diese Fragen beantwortet das Eckpunktepapier, das der Gesprächskreis der Landesorganisationen für Weiterbildung (kurz: Gesprächskreis) anlässlich der 21. Weiterbildungskonferenz im Landtag verfasst hat. Das Papier dient zugleich als Basis für eine Landesstrategie für die Weiterbildung in NRW.

Das Eckpunktepapier beschreibt die Lage der gemeinwohlorientierten Weiterbildung deutlich: Gestiegen sind nicht allein die inhaltlichen und strukturellen Anforderungen, sondern auch die Kosten zum Beispiel für Personal und Miete. Gleichzeitig wurde die Finanzierung auf einen Stand von vor fast 20 Jahren gedeckelt. Das kann nicht zusammenpassen und war schon im vergangenen Jahr klar! Auch die CDU in NRW schrieb es sich noch im April 2017 ins Regierungsprogramm: „Die mangelhafte Finanzierung der Weiterbildungseinrichtungen in NRW gefährdet die erfolgreiche Bewältigung der Aufgaben.“ Inzwischen ist die gemeinwohlorientierte Weiterbildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft (MKW) NRW angesiedelt und hier in der Zuständigkeit des Parlamentarischen Staatssekretärs Klaus Kaiser (CDU), von dem nun alle erwarten, dass er der gemeinwohlorientierten Weiterbildung Gutes tut.

Kritisch und konstruktiv: GEW NRW im Gespräch mit dem Ministerium

Die GEW NRW begleitet den Prozess der Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes wie immer kritisch, konstruktiv und mit weitergehenden Anmerkungen und Forderungen. Und das konnte die Bildungsgewerkschaft im Fachgespräch mit Klaus Kaiser gleich fortführen. Nachdem bei der Weiterbildungskonferenz erstmalig keine Aussprache im Plenum zur Entwicklung der Weiterbildung stattfand, war es umso wichtiger, dass Vertreter*innen der GEW NRW sich gleich am folgenden Tag im MKW einfanden.

Für das MKW nahmen der Parlamentarische Staatssekretär, der Gruppenleiter Weiterbildung Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten sowie die Referatsleiterin für die Allgemeine Weiterbildung Heike Maschner am Gespräch teil. Die GEW NRW vertraten die Landesvorsitzende Dorothea Schäfer sowie Max Georg Beier und Helle Timmermann vom Leitungsteam des Fachgruppenausschusses Erwachsenenbildung. Im Fachgespräch wurden die wichtigsten Folgerungen des Eckpunktepapiers aus GEW-Sicht diskutiert, ergänzt und konkretisiert.

Digitalisierung muss mehr Teilhabe ermöglichen

In seinem Eingangsstatement bei der Weiterbildungskonferenz hatte Klaus Kaiser den Stand der Digitalisierung im Weiterbildungs-

bereich bereits treffend beschrieben: Qualität von Bildung hänge an mehr als dem Einsatz von Computern und nach wie vor sei bei der Bildung der zwischenmenschliche Kontakt nicht zu ersetzen. Die GEW NRW stimmt dieser Einschätzung zu, geht aber noch einen Schritt weiter: Digitalisierung in der Weiterbildung muss zu mehr Teilhabe führen. Insbesondere die Volkshochschulen haben die Aufgabe, den digitalen Wandel durch entsprechende Angebote zu begleiten. Die „Strategie Digitalisierung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen“ des Gesprächskreises liefert dafür schon eine umfassende Aufgabenbeschreibung.

Die Beschäftigten in der Weiterbildung brauchen bei der Digitalisierung auch personelle Unterstützung. „Das erledigt ihr dann nebenbei auch noch“, darf weder für das planende noch für das lehrende, weder für das festangestellte noch das freiberufliche Personal gelten.

Bei der Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes müssen neue, digitale Angebotsformate berücksichtigt werden, die sich ebensowenig in Unterrichtsstunden wie in Teilnehmer*innentagen messen lassen. Um die Arbeitszeit in digitalen Angeboten erfassen und bezahlen zu können, müssen Modelle gefunden werden. Mit 1,- Euro mehr pro Unterrichtseinheit für den Einsatz von Moodle ist es hier nicht getan!

Organisationsentwicklung funktioniert nur mit vernetzten Prozessen

Eine Gesellschaft, die durch digitalisierte Prozesse und Kommunikation geprägt ist, sowie der weitere Umbau des Bildungsangebots hin zu einem inklusiven Bildungssystem, das Teilhabe aller ermöglicht und soziale Gerechtigkeit fördert, stellen die Weiterbildung vor Herausforderungen,

die nicht voneinander getrennt zu betrachten sind. Kooperationen von Weiterbildungseinrichtungen innerhalb der Bildungslandschaft und darüber hinaus verändern sich permanent und parallel stehen viele Einrichtungen vor den Herausforderungen des Generationenwechsels.

Den dadurch anstehenden Aufgaben müssen die Einrichtungen in ihrer Organisationsentwicklung Rechnung tragen. Dafür braucht die Weiterbildung Unterstützung sowohl auf der Ebene der Landesorganisationen als auch auf Einrichtungsebene. Parallel entwickelte und zentral gesteuerte Einzelkonzepte für verschiedene Zukunftsthemen sind dabei nicht zielführend. Stattdessen müssen Organisationsentwicklungsprozesse miteinander vernetzt gedacht, gefördert und umgesetzt werden.

Welche Bedingungen braucht gute (Weiter-)Bildung?

Die Weiterbildung richtet sich in ihrem Auftrag an alle und das Recht auf ein inklusives Bildungsangebot darf nicht mit der Schulpflicht enden. Um die Förderung von Teilhabe, sozialer Gerechtigkeit, Integration und Inklusion zu verwirklichen, brauchen die Weiterbildungseinrichtungen hochprofessionelle Hauptamtlichkeit in der Planung und Begleitung ihrer Angebote. Die Finanznot darf nicht dazu führen, dass niedrigere Qualifikationsanforderungen für das planende Personal gesetzt werden, um Kosten zu sparen. Gebraucht werden auch qualifizierte Lehrkräfte, die so beschäftigt und bezahlt werden, dass sie den teils auch neuen Anforderungen gerecht werden können, sowie ein Umfeld, das ihnen gutes Arbeiten ermöglicht.

Welche Bedingungen gute Bildung braucht, ist längst kein Geheimnis mehr: Dazu gehören auch in der Weiterbildung multiprofessionelle Teams, Doppelbesetzungen, kleine(re) Lerngruppen und gut qualifiziertes Personal in der Organisation, in der Lehre und ihrer Begleitung. Bei der Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes und der Feststellung des finanziellen Bedarfs muss die Landesregierung die so erweiterten Bedarfe mitdenken. Träumerische Wunschvorstellungen? Nein, die GEW NRW zeigt vielmehr auf, wie zeitgemäße und zukunftsfähige Weiterbildung gelingen kann.

Auskömmliche Finanzierung und gerechte Bezahlung nach EG 13

Die finanzielle Ausstattung der nach dem Weiterbildungsgesetz geförderten Einrichtungen muss dafür sorgen, dass Weiterbildung weiterhin – oder besser gesagt: wieder – für alle bezahlbar bleibt. Denn die größten Herausforderungen für

die Weiterbildung liegen bei denjenigen, die sich abgehängt fühlen, und bei denjenigen, die es bereits sind. Darüber waren sich die Vertreter*innen des MKW und der GEW NRW im Gespräch einig: Den Volkshochschulen kommt dabei nach wie vor eine herausgehobene Rolle zu.

Die GEW NRW fordert nach wie vor eine dynamisierte, an den Kostensteigerungen orientierte Förderung, zum Beispiel gekoppelt an die gesamten Bildungsausgaben. Gleichzeitig muss die Weiterbildung finanziell so ausgestattet sein, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse beendet werden können. Endlich muss eine Lösung für den Zweiten Bildungsweg gefunden werden, um die Scheinselbstständigkeit in diesem Weiterbildungsbereich zu beenden und Lehrkräfte so zu bezahlen, wie es ihnen zusteht: nach Tarif! Mit einer Bezahlung nach Entgeltgruppe 11 des TVöD ist es hier nicht getan. In einem Gewerkschaftstagsbeschluss von 2017 betont die GEW NRW: Lehrkräfte im Zweiten Bildungsweg sind keine Lehrkräfte zweiter Klasse. Für sie gilt dieselbe Forderungen wie für alle vergleichbaren Lehrkräfte nach einer Eingruppierung in Entgeltgruppe 13!

Eine Lösung für die eklatant divergierenden Honorare zwischen Deutschkursen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert werden, und dem allgemeinen Kursangebot wird mittlerweile auch von VHS-Leitungen öffentlich gefordert. Viele Honorarkräfte sind schon lange nicht mehr nebenberuflich, sondern hauptberuflich in der Weiterbildung tätig und finden

sich immer häufiger in arbeitnehmerähnlichen Beschäftigungen. Dieser Tatsache muss auch bei der Finanzierung der Angebote Rechnung getragen werden. Für die Einrichtungen dürfen nicht nur Angebote finanzierbar sein, die auf Honorarbasis geleistet werden – auch tarifliche Beschäftigung muss drin sein. Und hier sind nicht nur die Kommunen und anderen Einrichtungsträger gefragt, vielmehr muss das Land als Gesetzgeber klare Vorgaben schaffen und diese auch finanzieren.

Auch nach der 21. Weiterbildungskonferenz und dem Gespräch im Ministerium sieht die GEW NRW noch viel Klärungsbedarf und Fragen, die gänzlich offen geblieben sind: Wo bleibt bei den Zukunftsthemen die Bildungsberatung? Was ist mit der Gesundheitsbildung, den Fremdsprachen? Besteht hier kein Bedarf? Das sieht die Bildungsgewerkschaft anders. //



Gesprächskreis: Eckpunktepapier zur Weiterbildungskonferenz 2018
tinyurl.com/weiterbildung-eckpunkte



Gesprächskreis: Strategie Digitalisierung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen
www.tinyurl.com/digitalisierung-wbg



Helle Timmermann

Mitglied im Leitungsteam der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW NRW





Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW. Er wird monatlich vergeben für ein herausragendes, aktuelles Kinder-, Jugend- oder Bilderbuch. Rezensionen mit Hinweisen auf pädagogische Einsatzmöglichkeiten sind im Internet zu finden: www.ajum.de (LesePeter)

Im Juli 2018 erhielt den LesePeter das Sachbuch:

Stefan Casta und Maj Fagerberg

Auf der Hummelwiese – Das große Herbarium

Fischer-Sauerländer Verlag, Frankfurt 2018, 83 S., ISBN 978-3-7373-5528-5, 22,- Euro

Die einzigartige Aufmachung sowie kurze Sachtexte und ein Sammelsurium heimischer Wald- und Wiesenblumen machen dieses Buch zu etwas ganz Besonderem. Zwischen den filigran gestalteten Zeichnungen befinden sich Leerseiten, auf die getrocknete Pflanzen eingeklebt werden können.

Im August 2018 erhielt den LesePeter das Bilderbuch:

Joanne Schwartz und Sydney Smith

Stadt am Meer

Aladin Verlag, Hamburg 2018, 52 S., ISBN 978-3-8489-0144-9, 18,- Euro

Das Leben ist vorgezeichnet für die Menschen in der Stadt der Bergleute: oben das Meer, tief unten der Kohleabbau, an Land die graue Stadt der Arbeiterfamilien. Ein Junge erzählt lakonisch von seinem immer gleichen Tagesablauf.

Im September 2018 erhält den LesePeter das Kinderbuch:

Salah Naoura und Maja Bohn

Der Ratz-Fatz-x-weg 23

Beltz & Gelberg, Weinheim 2018, 207 S., ISBN 978-3-407-82353-3, 12,95 Euro

Rektor Glauber hat guten Grund für seine Wut auf Kinder, ständig lügen sie ihn an. Laura behauptet sogar, dass sie wegen des Staubsaugermodells „Ratz-Fatz-x-weg 23“ auf Weltreise gehen musste. Sagt sie die Wahrheit?

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

q.rage N°11 – Schuljahr 2018/2019

Publikation von Schüler*innen für Schüler*innen

Zentrales Thema der elften Ausgabe der q.rage ist Selbstbestimmung. Das Recht auf Selbstbestimmung muss immer wieder verteidigt werden. Beispielsweise gegen Sexismus, wenn Menschen aufgrund ihres Aussehens diskriminiert werden oder wenn sie auf eine starre Identität festgelegt werden sollen. Und auch dann, wenn sie ihren Lebensort nicht selbst bestimmen dürfen. Die q.rage können Sie im Courage-Shop für 0,25 Euro bestellen oder kostenlos als pdf-Datei herunterladen unter www.tinyurl.com/courage-shop-q-rage

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage



Schulportal der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

Bewegung und Motivation

Lerneinheiten für die Sekundarstufe II

Diese Unterrichtsmaterialien zeigen, wie man Smartphones in den Sportunterricht einbinden kann, um das Aktivitätsverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nachhaltig zu fördern. Die Schüler*innen produzieren ein motivierendes Fitnessvideo mit ihren Smartphones oder Tablets. Ansprechende Kräftigungsübungen, die immer zu zweit durchzuführen sind, ein Trainingstagebuch, eine individuelle Betreuung über das Lehrer*innen-Schüler*innen-Forum sowie ein Wettbewerb sollen zusätzliche Anreize schaffen. **Unterrichtseinheit für Bewegung und Motivation unter www.tinyurl.com/dguv-lerneinheit-bewegung**

Das Helfen lernen

Unterrichtsmaterial für die Sekundarstufe I

Helfen kann jede*r! Die aktualisierten Unterrichtsmaterialien vermitteln Basiswissen zu Erste-Hilfe-Maßnahmen. Die Schüler*innen erfahren, was in konkreten Notfallsituationen zu tun ist und werden ermutigt, aktiv zu werden. **Material unter www.tinyurl.com/helfen-lernen**

Redaktion DGUV Lernen und Gesundheit

Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges, Gerd Wiegel

Rechtspopulisten im Parlament

Westend Verlag GmbH, Frankfurt 2018, 256 S., ISBN 978-3864892219, 20,- Euro

Seit die AfD in das Europaparlament, mehrere Landtage und den Bundestag eingezogen ist, wird darüber diskutiert, ob die Rechtspopulisten aufgrund gezielter Provokationen und „Politikunfähigkeit“ bald wieder aus den Parlamenten verschwinden oder sich dort für längere Zeit etablieren können. Die Rechtspopulisten nur als „Rattenfänger“ oder „braune Demagogen“ abzutun, führt jedenfalls zur Unterschätzung der mit den Wahlerfolgen dieser Parteiformation einhergehenden Gefahren. Die Autor*innen analysieren klar: Nur ein konsequenter Kampf gegen die äußerste Rechte, der zivilgesellschaftliche Aktivitäten und außerparlamentarische Initiativen einschließt, kann eine Normalisierung der parlamentarischen AfD-Repräsentanz verhindern. *Westend Verlag*



Unterrichtsmaterialien von Böckler Schule

Die Unterrichtseinheiten der Hans-Böckler-Stiftung sind didaktisch aufbereitete Materialien für den Unterricht ab Klasse 9. Sie beleuchten aktuelle Probleme aus Arbeitnehmer*innensicht – ein Unterrichtsprogramm komplett für zwei bis drei Doppelstunden.



Infopaket zu Foodora, Deliveroo und Co.

Initiativen wie „Lieferrn am Limit“ und die Gründung von Betriebsräten bei Essenslieferdiensten zeigen: Die Fahrradkuriere organisieren sich und sind nicht länger bereit, beinahe ohne Rechte und isoliert nach den Spielregeln des neuen Plattformkapitalismus zu arbeiten. Eine dringend notwendige Entwicklung, denn bislang sind Crowdworker*innen oft auf sich allein gestellt und wenig abgesichert. **Geschichten der Kuriere und die wichtigsten Forschungsergebnisse unter www.tinyurl.com/boeckler-essenslieferdienste** *Hans-Böckler-Stiftung*

GEWERKSCHAFTLICHE BILDUNG

Schüler*innen lieben klare Ansagen! Mehr Stimme – mehr Präsenz – mehr Lehrer*innen

Termin: 10.11.2018, 10.00–16.00 Uhr
Tagungsort: Bochum oder Essen (Genauer Ort wird mit der Bestätigung bekannt gegeben.)
Referent: Pedro Carlos de Castro, Stimmtrainer
Teilnahmebeitrag: 15,- Euro (GEW-Mitglieder), 40,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Inhalte: Stimmtraining-Basics und wesentliche Voraussetzungen einer glaubwürdigen Körpersprache, Werkzeuge für eine farbenfrohe, empathisch wirkende Stimme, Entwicklung der Darstellungsfähigkeiten mithilfe spielerischer Körperübungen und Reflexionen über Alltagsmuster.

Fit für die Gleichstellung – Grundlagen für Ansprechpartnerinnen für Gleichstellungsfragen in der eigenverantwortlichen Schule

Termin: 14.11.2018, 10.00–16.00 Uhr
Tagungsort: Bochum, Hotel Mercure
Referentin: Hannelore Giesecker
Tagesleitung: Anke Boehm
Teilnahmebeitrag: 20,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (Nichtmitglieder); Verpflegung inklusive

Neben rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Ansprechpartnerinnen nach dem NRW-Landeseleichstellungsgesetz und dem Schulgesetz (SchulG) werden auch Aufgaben und Rechte der Ansprechpartnerinnen im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule vorgestellt.

Anmeldung:

Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen; GEW NRW, Bettina Beeftink, Nünningstraße 11, 45141 Essen, E-Mail: bettina.beeftink@gew-nrw.de, Fax: 0201-29403 34. Rund vier Wochen vor dem jeweiligen Seminar wird eine Anmeldebestätigung verschickt. **Schnellstmögliche Anmeldung erforderlich!**



LEHRERRÄTE MACHEN SICH FIT! FORTBILDUNGEN



Alle Veranstaltungen finden jeweils von 9.00 bis 16.30 Uhr statt. Weitere regionale Angebote unter www.gew-nrw.de/fortbildungen

Anmeldung: Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen, svnija.tafel@gew-nrw.de, Fax: 0201-29403 45 – Weitere Infos: www.lehrerrat-online.de

Basisqualifizierungen

- ◆ StV Münster 14. November 2018
- ◆ StV Bochum 16. November 2018

Basisqualifizierungen – Grundschule

- ◆ StV Köln 12. November 2018

Nr. 2 – Mitbestimmung bei Mehrarbeit

- ◆ StV Bochum 15. November 2018

Nr. 3 – Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten

- ◆ StV Düsseldorf 5. November 2018

Nr. 3 – Systematisch, rechtssicher und erfolgreich als Lehrerrat arbeiten – Grundschule

- ◆ KV Coesfeld (in Dülmen) 8. November 2018

Nr. 5 – Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule – welche Rechte und Pflichten hat der Lehrerrat hierbei?

- ◆ StV Hamm 6. November 2018

WEITERBILDUNGSANGEBOTE

WBG 18-149 Cybermobbing an der Schule

Termin: 16.11.2018, 16.00–21.00 Uhr bis
 17.11.2018, 8.00–15.00 Uhr
Ort: Essen
Referent: Jörg Hagel
Teilnahmebeitrag: 90,- Euro (GEW-Mitglieder), 45,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 140,- Euro (Nichtmitglieder)

An nahezu jeder Schule gibt es Vorfälle von Onlinebelästigung im WhatsApp-Chat, bei musical.ly, Instagram oder Facebook. Lehrer*innen erleben die Folgen des Mobbing im eigenen Unterricht und sind teilweise nicht interventionsfähig, da ihnen das notwendige „Netzwissen“ fehlt und vieles im Privaten geschieht. Zudem wissen auch viele Schüler*innen oft gar nicht um ihr Vergehen. Die Fortbildung gibt die Möglichkeit, mit abwechslungsreichen Methoden in Theorie und Praxis die Thematik präventiv wie auch reaktiv im Unterricht zu erarbeiten. Eigene PCs, Tablets und Smartphones sind erwünscht und können über WLAN genutzt werden.

WBG 18-193 Visualisieren – Kooperatives Lernen mit Ludger Brüning

Termin: 12.12.2018, 9.00–16.00 Uhr
Ort: Essen
Referent: Ludger Brüning
Teilnahmebeitrag: 100,- Euro (GEW-Mitglieder), 50,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 150,- Euro (Nichtmitglieder)

In dieser Fortbildung beschäftigen sich die Teilnehmer*innen einen Tag lang mit der Umsetzung des grafischen Strukturierens im eigenen Unterricht. Sie lernen zunächst die unterschiedlichen grafischen Formen kennen. Ferner wird die Einführung in den Unterricht in den Blick kommen. Aber auch die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten werden zur Sprache kommen. Die Fortbildung richtet sich an Lehrer*innen aller Schulformen, die den eigenen Unterricht weiterentwickeln möchten. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

WBG 18-158 Umgang mit herausfordernden Eltern

Termin: 23.11.2018, 16.00–20.00 Uhr bis
 24.11.2018, 9.00–16.30 Uhr
Tagungsort: Essen
Referentin: Simone Kriebs
Teilnahmebeitrag: 230,- Euro (GEW-Mitglieder), 130,- Euro (GEW-Mitglieder ermäßigt), 330,- Euro (Nichtmitglieder) 

Ein sicheres Auftreten in Elterngesprächen und das Wissen um Möglichkeiten und Grenzen dieses Dialogs sind für eine gelungene Elternarbeit Grundvoraussetzung. Dabei scheinen die Interessen der jeweiligen Parteien oft zu divergieren und führen leicht in eine kommunikative Sackgasse, in der sich beide Seiten mit Vorwürfen konfrontieren und Rechtfertigungsdruck entsteht. Ziel dieses Seminars ist es, die Mechanismen dieser besonderen Kommunikationssituation zu verstehen und im Austausch mit Eltern zielführend einzusetzen. In Übungseinheiten werden neu erlernte Techniken zur Erzielung einer positiven Gesprächsbilanz erprobt.

Anmeldung:

Anmeldeformulare unter www.gew-nrw.de/fortbildungen, DGB-Bildungswerk NRW e.V., c/o GEW NRW, Nünningstraße 11, 45141 Essen, E-Mail: weiterbildung@gew-nrw.de, Tel.: 0201-29403 26, Fax: 0201-29403 17

Für die Planung und Durchführung ist das DGB-Bildungswerk NRW e.V. verantwortlich.



Wissenswertes

für Angestellte und

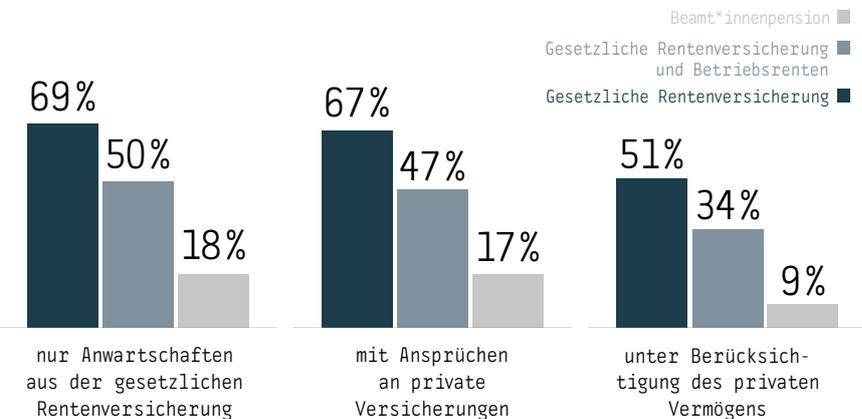
Rentenlücke

Private Vorsorge hilft kaum

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt: Mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 Jahren kann ihren derzeitigen Lebensstandard nicht halten, wenn sie jetzt in den Ruhestand gingen. Die potenzielle Versorgungslücke beträgt durchschnittlich 650,- Euro monatlich, wenn alle drei Säulen der Alterssicherung herangezogen werden: gesetzlich, betrieblich, privat. Während privates Vermögen die Lücke deutlich reduzieren kann, reduzieren private Versicherungen wie Riester- oder Rürup-Verträge den Anteil der Personen mit Versorgungslücke nur geringfügig. *DIW*

Mehr Infos unter www.tinyurl.com/diw-rentenluecke

Anteil der 55- bis 64-Jährigen, deren Pro-Kopf-Konsum größer ist als ihre bisher erworbenen Rentenansprüche



Quelle: M.M. Grabka, T. Bönke, K. Göbler, A. Tiefensee: Große Lücke in der Sicherung des Lebensstandards bei rentennahen Jahrgängen, DIW-Wochenbericht 37, September 2018

Zusatzversorgung

VBL übersendet „Überprüfung Ihrer Startgutschrift“

Nachdem es bereits 2011 eine erste Überprüfung der Startgutschriften gab, werden nun alle Startgutschriften neu überprüft. Seit August 2018 informiert die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) die betroffenen Tarifbeschäftigten.

Die kirchlichen und kommunalen Zusatzversorgungskassen (ZVK) werden in der nächsten Zeit ebenfalls alle damals rentenfernen Startgutschriften überprüfen. Den Beschäftigten, die bereits in Rente sind, wird eine Erhöhung rückwirkend ab ihrem Rentenbeginn nachgezahlt.

Neu ermittelt wird der Vomhundertsatz (v. H.). Dieser ergibt sich auf Grundlage der erreichbaren Jahre. Das ist die Zeit zwischen dem Eintrittsdatum (Beginn der Pflichtversicherung in der VBL) und dem Monat, in dem das 65. Lebensjahr vollendet wird. Sind in den bisherigen Bescheiden des VBL „Eintrittsdatum“ und „Monat 65. Geburtstag“ richtig angegeben, muss nichts weiter überprüft werden.

So funktioniert die neue Berechnung

Dann wird wie folgt berechnet: $100 \text{ geteilt durch erreichbare Jahre} = x \text{ Prozent}$ (mindestens 2,25 %, maximal jedoch 2,5 %). Dieser Prozentsatz wird mit der Anzahl der Jahre vom Eintrittsdatum bis zum 31. Dezember 2001 multipliziert. Der sich so ergebende Vomhundertsatz wird mit einem DM-Betrag multipliziert, welcher der sogenannten Voll-Leistung aus der ersten Mitteilung über die Startgutschrift entspricht, die alle damals „rentenfernen“ Versicherten im Jahr 2003 erhalten haben. Dieser Betrag ist unverändert, das heißt es muss der gleiche Betrag sein, der auch in der alten Startgutschrift stand.

Bei den Beschäftigten, die im Jahr 2011 / 2012 bereits einen Zuschlag und damit eine höhere Startgutschrift erhalten haben, kann es sein,

dass sich trotz eines höheren Vomhundertsatzes nun keine Steigerung im Vergleich zur Startgutschrift 2011 ergibt.

Gewerkschaften handelten 2017 höhere Startgutschriften aus

Für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst wurde im Jahr 2001 die Zusatzversorgung reformiert. Im Rahmen der Umstellung wurde die Startgutschrift ermittelt. Die Art und Weise, wie diese Startgutschrift berechnet wurde, war von Anfang an in der Kritik und Gegenstand mehrerer gerichtlicher Verfahren. Dies galt insbesondere für die Startgutschriften von Kolleg*innen, die damals noch keine 55 Jahre alt waren (rentenferne Jahrgänge).

2017 haben die Gewerkschaften und die VBL die Urteile zu den Startgutschriften abschließend tarifvertraglich umgesetzt und eine Einigung über die Art und Weise einer Neuberechnung erzielt. Die Erhöhungen betragen bis zu 11,11 Prozent der ursprünglichen Startgutschrift. Davon profitieren alle Beschäftigten, die zum Zeitpunkt der Einstellung älter als 20 Jahre waren.

Gesa Bruno-Latocha, Annette Loycke

Mehr Infos:

- **GEW NRW: Startgutschriften**
www.gew-nrw.de/online-archiv (Webcode: 236492)
- **GEW: Zusatzversorgung. Startgutschriften-Einigung gut für GEW-Mitglieder**
www.tinyurl.com/gew-startgutschriften
- **VBL: VBLklassik. Neuberechnung der Startgutschriften für rentenferne Versicherte**
www.tinyurl.com/vbl-startgutschriften

Beamt*innen rund um den Arbeitsplatz

Kirchliches Arbeitsrecht

Diskriminierung ist nicht zulässig

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Kündigung eines katholischen Chefarztes, der zum zweiten Mal geheiratet hat, als mögliche verbotene Diskriminierung wegen der Religion eingeordnet (...).

Der Fall: Dem katholischen Chefarzt wurde von seinem Arbeitgeber – einem katholischen Krankenhaus – gekündigt, nachdem seine erneute standesamtliche Heirat bekannt geworden war. (...) Der Arbeitgeber sah darin einen Verstoß gegen kanonisches Recht und leitete daraus mangelnde Loyalität gegenüber seinem Dienstvertrag ab. Der Chefarzt sah durch die Kündigung den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt, da für evangelische oder konfessionslose Chefarzte (...) diese Regeln nicht galten und eine Wiederheirat keine Folgen für ihr Beschäftigungsverhältnis hatte. (...)

Das Urteil: Der EuGH stellte fest, dass nationale Gerichte grundsätzlich die unterschiedlichen Anforderungen an loyales Verhalten kontrollieren können müssen, die kirchliche Arbeitgeber an ihre leitend tätigen Beschäftigten je nach deren Konfession oder Konfessionslosigkeit stellen. Dabei muss die Religion oder Weltanschauung eine „wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung“ für die betreffende berufliche Tätigkeit oder die Umstände ihrer Ausübung sein. Der Gerichtshof weist darauf hin, dass die Akzeptanz des katholischen Eheverständnisses für die vom Chefarzt ausgeübten Tätigkeiten – Beratung und medizinische Pflege sowie Leitung der Abteilung „innere Medizin“ – „nicht notwendig“ zu sein scheint. Dies wird aus Sicht des EuGH dadurch erhärtet, dass „ähnliche Stellen Beschäftigten anvertraut wurden, die nicht katholischer Konfession sind“. Sie waren folglich nicht derselben Anforderung unterworfen, sich „loyal und aufrichtig“ gegenüber dem Ethos des katholischen Arbeitgebers zu verhalten. **EuGH-Pressmitteilung unter www.tinyurl.com/eugh-pm. Interview mit Arbeitsrechtler Johannes Heuschmid unter www.tinyurl.com/heuschmid** *DGB*

Reha

Kein Schutz bei Kneipenbesuch

Ein abendlicher Gaststättenbesuch einer Gruppe von Rehabilitanden außerhalb der Reha-Einrichtung ist dem privaten Bereich zuzuordnen, da nicht die Förderung des Kurerfolgs, sondern private Geselligkeit und das Genusserleben im Vordergrund steht. Ein dabei erlittener Unfall fällt nicht in den Schutzbereich der gesetzlichen Unfallversicherung. (Landessozialgericht Baden-Württemberg: L 8 U 3286/17) *Quelle: DGB, einblick 6/2018*

Psychische Erkrankungen

Stress verursacht keine Berufskrankheit

Psychische Erkrankungen aufgrund von Stress sind keine Berufskrankheiten. Denn im Falle von Erkrankungen, die möglicherweise auf Stress zurückzuführen sind, fehlt es an den erforderlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Insbesondere wird im Zusammenhang mit Depressionen eine Vielzahl von möglichen Ursachen diskutiert. (Bayerisches Landessozialgericht: L 3 U 233/15) *Quelle: DGB, einblick 9/2018*

DIE WISSENSECKE

Schäden oder Mängel an Schulgebäuden

Die Schulgebäude werden von dem Schulträger gestellt. Dieser ist nach § 79 Schulgesetz (SchulG) verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen und zu unterhalten. Was ist zu tun, wenn Schäden oder Mängel auftreten?

Die Schulleitung ist für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Unfallverhütung sowie die Erste Hilfe verantwortlich und arbeitet eng und vertrauensvoll mit dem Schulträger zusammen (§ 59 Abs. 8 und 11 SchulG). Hausmeister*innen sind bei den Kommunen angestellt und verantwortlich für den baulichen Zustand der Schule sowie für Wartung und Pflege des Schulgebäudes und zugehöriger Einrichtungen. Sie können in der Regel kurzfristig kleinere Mängel beheben, zum Beispiel defekte Steckdosen oder fehlende Kennzeichnung von Rettungswegen.

Gravierende Mängel

Als gravierende Mängel oder Schäden an Gebäude oder Ausstattung gelten zum Beispiel Innenraumbelastungen, Lärm und Raumakustik und schadhafte Sicherheitseinrichtungen. In solchen Fällen sollte die Schulleitung eine Schadensmeldung an den Schulträger vornehmen. Bei gesundheitlichen und sicherheitsrelevanten Gefährdungen sollte auch die zuständige Schulaufsicht informiert werden. Außerdem können der Betriebsärztliche Dienst (BAD) und die Unfallkasse NRW in ihrer Aufsichts- und Überwachungsfunktion unterstützen, in gravierenden Fällen auch das Gesundheits- oder Umweltamt und die Feuerwehr. Es ist sinnvoll, den BAD mit einer Gefährdungsbeurteilung zu beauftragen, um die Mängel schriftlich und fachlich gesichert festzuhalten.

Finanzielle Unterstützung durch „Gute Schule 2020“

2016 hat der Landtag das Gesetz zur Stärkung der Schulinfrastruktur verabschiedet: Es enthält das Landesprogramm „Gute Schule 2020“, das den Kommunen Schuldendiensthilfen gewährt. Das Programm schafft so eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit insbesondere für die Sanierung und Modernisierung der kommunalen Schulinfrastruktur – darunter kann auch eine Verbesserung der akustisch-räumlichen Gegebenheiten in Schule fallen. *Ute Lorenz*

Mehr Infos:

- Unfallkasse Nordrhein-Westfalen: Portal „Sichere Schule“ www.unfallkasse-nrw.de/sichere-schule
- MSB NRW: Gute Schule 2020 und Lärm www.tinyurl.com/laerm-gs2020
- MSB NRW: Infos und Kontakt zum BAD www.tinyurl.com/bad-kontakt

Wissenswertes

zum Schulrecht

Pädagogische Einführung an Grundschulen

Regelungen für einheitliche Maßnahmen

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW hat am 30. April 2018 den Erlass „Pädagogische Einführung in den Schuldienst für Lehrkräfte an Grundschulen“ veröffentlicht und stellt damit sicher, dass die Maßnahme landesweit einheitlich durchgeführt wird. Die Regelungen sollen Seiteneinsteiger*innen ohne Lehramtsbefähigung an Grundschulen unterstützen und beraten. Gleichzeitig sollen sie Schulen und den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung Hinweise und Hilfestellungen für die Umsetzung der Pädagogischen Einführung bieten.

MSB: Erlass

Webcode: 236437

Begleitung durch Betreuung und Beratung

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW hat am 10. Juli 2018 die „Pädagogische Einführung in den Schuldienst für Lehrkräfte an Grundschulen. Handreichung für Grundschulen und Seminare für das Lehramt an Grundschulen der ZfsL in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht. Die Handreichung richtet sich an Schulleitungen, erfahrene Lehrer*innen und Fachleitungen an Grundschulseminaren und soll ihnen helfen, die Pädagogische Einführung zu begleiten. Die Handreichung enthält unter anderem eine beispielhafte Liste zur Erstinformation für die Seiteneinsteiger*innen sowie Hinweise zur Erstellung eines individuellen Betreuungs- und Beratungsplans.

MSB: Handreichung

Webcode 236445

Mehr zugewanderte Schüler*innen in NRW

Ein Drittel (35,3 Prozent) der Schüler*innen an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in NRW hatte im Schuljahr 2017/2018 einen Zuwanderungshintergrund. Das waren 1,7 Prozentpunkte mehr als im Schuljahr 2016/2017. Die höchsten Anteile verzeichneten Gelsenkirchen mit 51,5 Prozent und Duisburg mit 50,5 Prozent. Am niedrigsten waren die Quoten in den Kreisen Borken mit 17,8 Prozent und Coesfeld mit 16,4 Prozent. Freie Waldorfschulen und Weiterbildungskollegs wurden bei der Auswertung nicht berücksichtigt.

IT.NRW: Pressemitteilung

Webcode: 236410

IT.NRW: Regionale Daten

Webcode: 236411

Zentrale Prüfungen im Schuljahr 2019/2020

Das Ministerium für Schule und Bildung NRW hat die Termine für zentrale Prüfungen im Schuljahr 2019/2020 veröffentlicht.

Klausuren am Ende der Einführungsphase 2020

Webcode: 236431

Zentrale Prüfungen am Ende der Klasse 10

Webcode: 236430

Abiturprüfungen 2019 (Weiterbildungskollegs)

Webcode: 236449

Abiturprüfungen 2020

Webcode: 236429

Entwurf der G9-Studentenafel liegt vor

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW hat per Schulmail vom 5. September 2018 den Entwurf für die neue Studententafel im G9-Gymnasium vorgelegt. Damit werden zum einen schulpolitische Leitentscheidungen rund um die G9-Umstellung umgesetzt, zum Beispiel der Beginn der zweiten Fremdsprache in Klasse 7. Der Entwurf füllt aber auch andere Leerstellen: Wie soll künftig G9 als Halbtagsgymnasium ermöglicht werden? Welche Bedeutung erhält die historisch-politische Bildung? Wird dem Drängen nach einem eigenständigen Fach Wirtschaft Rechnung getragen? Welche Ressourcen stehen für die Förderung am Gymnasium zur Verfügung? Staatssekretär Mathias Richter kündigt in der Schulmail außerdem an, „den Gymnasien für das Schuljahr 2019/2020 einen zusätzlichen Pädagogischen Tag zu gewähren, der in Absprache mit der Schulaufsicht und nach Beschluss der Schulkonferenz terminiert werden kann.“ Bisher sieht das MSB für das Schuljahr 2018/2019 keinen Pädagogischen Tag vor. Die GEW NRW fordert, dass G9 zum Start des Schuljahrs 2019/2020 gut vorbereitet sein muss.

MSB: Schulmail und Entwurf der Studententafel

Webcode: 236469

Schulleitungsqualifizierung an Grundschulen

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW erleichtert per Runderlass vom 7. Juli 2018 Grundschullehrer*innen den Zugang zur Schulleitungsqualifizierung: „Für die Lehrkräfte an Grundschulen, die die Probezeit beendet haben, wird hinsichtlich des Zugangs zur Qualifizierung mit sofortiger Wirkung auf die Voraussetzung einer Tätigkeitsdauer gemäß § 34 Laufbahnverordnung verzichtet.“ Dort ist festgelegt, dass das Leitungsamt einer Schule oder eines Zentrums für schulpraktische Lehrerausbildung erst nach einer hauptberuflichen Tätigkeit von sechs Jahren übertragen werden kann.

MSB: Erlass

Webcode: 236435

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) NRW ändert für das Schuljahr 2018/2019 die Verwaltungsvorschriften zur Verordnung zur Ausführung des § 93 Absatz 2 Schulgesetz, in der die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer*innen geregelt ist. Die geänderten Verwaltungsvorschriften erläutern auch die neuen Regelungen zur Flexibilisierung der Lehrer*innenarbeitszeit.

MSB: Verwaltungsvorschriften

Webcode: 236432



Die geschützten Dokumente sind per Webcode unter www.gew-nrw.de/online-archiv abrufbar. Um auf das Online-Archiv zugreifen zu können, müssen Sie unter www.gew-nrw.de eingeloggt sein. Vor dem ersten Log-in ist eine Registrierung erforderlich.

Kennen Sie schon den Reiseservice der GEW NRW?

Die GdP-Service-GmbH NRW ist das Reisebüro der GEW NRW.

Wir bieten den GEW-Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Möglichkeit, Reisen zu günstigen Preisen mit unserem bewährten Service zu buchen. Wir arbeiten mit nahezu allen namhaften Reiseveranstaltern in Deutschland zusammen (z. B. Studiosus, GeBeCo/ Dr.Tigges - Wikinger - TUI - Meiers-Weltreisen - Thomas Cook - Jahn - ITS - alltours - AIDA - DERTOUR - Nickotours - FTI - Schauinslandreisen - Costa), sodass wir Ihnen eine breite Produktpalette anbieten können.

Sie haben spezielle Vorstellungen oder Wünsche? Wir unterstützen Sie bei der Umsetzung Ihrer Urlaubswünsche.

Informieren Sie sich bitte auch über unsere Sonderreisen im Internet.

Hotline:
+49 211 29101-44/45/63 + 64

Noch Fragen?
Unser Reisebüro ist
von Montag bis Freitag,
9.00-18.00 Uhr telefonisch,
persönlich bis 17.00 Uhr erreichbar.

Aktuelle Angebote Ihres Reisebüros



DERTOUR

Nordspanien - Natur und Kultur entlang des Jakobsweges - 8-Tage Gruppenreise

Zwischen langen Stränden dringt der Atlantik mit malerischen, fjordartigen Buchten tief ins Land vor. Die bis zu 2.648 Meter hohen Berge der Picos de Europa überragen die Küste und die grünen Hügel. In Spaniens Norden begann die Reconquista, die christliche Rückeroberung unter dem Banner Santiagos, des Apostels Jakob. Seit dem Mittelalter zogen unzählige Pilger aus vielen Ländern zu dessen legendärem Grab in Santiago de Compostela. Unsere Reise führt entlang des berühmten Jakobsweges (mit kleinen Wanderungen an den schönsten Wegstrecken), an dem herrliche Kirchen, Klöster, Burgen und Städte entstanden - eine der eindrucksvollsten Kulturregionen Europas.

Reiseverlauf:

Bilbao - Pamplona - Santo Domingo de la Calzada - Burgos - León - Astorga - Ponferrada - Las Médulas - Santiago de Compostela - Oviedo - Comillas - Santander - Bilbao

Im Reisepreis enthalten:

- Flug mit Lufthansa von Düsseldorf nach Bilbao
- Transfer lt. Reiseverlauf
- 7 Nächte mit Halbpension in 3- und 4-Sterne-Hotels
- Besichtigungen und Wanderungen lt. Reiseverlauf
- Eintrittsgelder lt. Programm
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer

Reisetermin: 18.-25.04.2019, Flug ab/ bis Düsseldorf

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.339,- Euro**

Neckermann

Soma Bay/ Hurghada - SENTIDO Palm Royale*****

Direkt am feinsandigen Hotelstrand gelegen, verfügt das Hotel über 445 Zimmer. Zu den Einrichtungen zählen Empfangshalle mit Rezeption, Lifts, WLAN im gesamten Hotel und vier À-la-carte-Restaurants. Im Garten befindet sich der große Pool mit Sonnenterrasse, Strandbar, Pool-Snackbar und Windsurfbereich. Der Flughafen von Hurghada ist circa 45 Kilometer entfernt. Die Transferzeit ab dem Flughafen beträgt circa 60 bis 100 Minuten.

Reisetermin zum Beispiel: 22.12.2018-05.01.2019,
Flug ab/ bis Düsseldorf

Reisepreis p. Person/ DZ/ AI **ab 1.957,- Euro**

Zwischenverkauf vorbehalten

GdP-Service-GmbH NRW
Gudastraße 9 • 40625 Düsseldorf
Tel. 0211 / 29101-44/45/64
Fax 0211/29101-15
www.gdp-reiseservice.de

Studiosus

Silvester in Bamberg 3-Tage Gruppenreise

Silvester im Zeichen des Barocks: Über 2.000 denkmalgeschützte Häuser, verwinkelte Gassen, ein 1000-jähriger Dom und die Residenz - entdecken Sie Bambergs UNESCO-gedelte Altstadt! Und zur Krönung erwartet Sie mit dem Konzert der Bamberger Symphoniker ein musikalisches Feuerwerk der Extraklasse. Sie wohnen im zentral gelegenen, traditionsreichen Romantikhotel Messerschmitt, in einem der 67 gut ausgestatteten Doppelzimmer.

Im Reisepreis enthalten:

- 2 Übernachtungen im Hotel Messerschmitt
- Frühstücksbuffet
- Silvesterprogramm
- Fahrt zum/ vom Event
- qualifizierte Studiosus-Reiseleitung

Reisetermin: 30.12.2018-01.01.2019,
individuelle Anreise

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 695,- Euro**

Wikinger

Karawanen, Kasbahs & Saharaträume 13-Tage geführte Wanderreise

Bizarre Felsen und herrliche Sanddünen, grüne Oasen und Atlantikstrand: Vielfältig ist der Süden Marokkos, ein Paradies für jeden, der gerne zu Fuß durch ein Land zieht. Wir wandern durch die versteinerten Mondlandschaften des Bani-Gebirges; zartgrüne Tamarisken und rotbraune Tafelberge säumen unseren Pfad. Dann ruft schon die Wüste: goldgelbe Dünen, flimmernde Weite an des Horizontes Rand. Wir schreiten durch grüne Oasen und durch die Kasbahs, die irgendwie märchenhaft anmuten wie vieles sonst in diesem Land. Wir schlendern durch die Basar-Gassen Marrakeschs, tanken Sonne am Atlantikstrand - Südmarokko hat eine Menge zu bieten!

Reiseverlauf:

Marrakesch - Ouarzazate - Bani-Berge - Rhoul-Dünen - Taroudant - Agadir

Im Reisepreis enthalten:

- Flug mit Royal Air Maroc
- Transport während der Reise im Kleinbus/ Geländewagen
- 6 Übernachtungen in Mittelklassehotels im Doppelzimmer mit Bad oder Dusche/ WC, 6 Übernachtungen in 2-Personen-Zelten auf Schaumstoffmatratzen ohne sanitäre Einrichtungen
- 4. bis 10. Tag Begleitmannschaft (Koch und Kamelführer), 1 Reitkamel pro Gruppe
- Koch- und Campingausrüstung (eigener Schlafsack notwendig)
- Eintrittsgebühren entsprechend dem Reiseverlauf
- deutschsprachige, qualifizierte Wikinger-Reiseleitung und teilweise eine zusätzliche französischsprachige marokkanische Reisebegleitung

Reisetermin zum Beispiel: 23.12.2018-04.01.2019,
Flug ab/ bis Frankfurt

Reisepreis p. Person/ DZ **ab 1.550,- Euro**

GEW NRW: Landesdelegiertenversammlungen

Die Fachgruppenausschüsse (FGA) der GEW NRW laden ein zu ihren Landesdelegiertenversammlungen (LDV). Alle Delegierten aus dem vergangenen Jahr sind auch in 2018 herzlich eingeladen. Sie erhalten eine schriftliche Einladung ihres FGA mit allen Details zu ihrer LDV.

- ◆ Hauptschule:
09.10.2018, DASA Dortmund
- ◆ Gymnasium:
05.11.2018, DASA Dortmund
- ◆ Realschule:
16.11.2018, DASA Dortmund
- ◆ Sekundarschule:
21.11.2018, GEW NRW, Essen
- ◆ Berufskolleg:
26.11.2018, DASA Dortmund
- ◆ Grundschule:
27.11.2018, Schwerte
- ◆ Sonderpädagogische Berufe:
29.11.2018, DASA Dortmund
- ◆ Gesamtschule:
03.12.2018, DASA Dortmund

Die Termine für die LDV der übrigen FGA standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

GEW Düsseldorf: Prekäre Beschäftigung im Bildungsbereich

Die GEW-Stadtverbände Krefeld, Düsseldorf und der Kreisverband Neuss laden ein zu einem Vortrag über prekäre Beschäftigung im Bildungsbereich.

- Termin:** 12.10.2018, 17.00–21.00 Uhr
Ort: DGB-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 34–38, 40210 Düsseldorf

Prekär Beschäftigte gibt es unter anderem an Hochschulen, Volkshochschulen und Sprachschulen, in Weiterbildungseinrichtungen, im Offenen Ganztage und bei Trägern der Jugend- und Sozialhilfe. Doch welche politischen Bedingungen haben dazu geführt, dass es immer mehr prekäre Arbeit (auch) im Bildungswesen gibt? Warum haben prekär Beschäftigte vor allem im Hochschul- und Weiterbildungsbe- reich an ihren unmöglichen Lebensverhältnissen kaum Schuld? Welche politischen Entwicklungen stehen dahinter? Die GEW-Stadt- und Kreisverbände fordern eine vernünftige Steuer- und Bildungspolitik statt Prekarisierung!

Anmeldung per E-Mail an geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de

Fachgruppe Sekundarschule: Schulexkursion

Ständig planen, erstellen und evaluieren wir neue Konzepte an unseren Sekundarschulen und oft kommt es uns so vor, als müssten wir Schule ganz neu erfinden. Ist das an allen Schulen so, die sich im Aufbau befinden? Wie machen das eigentlich andere Sekundarschulen? Wer sich diese und andere Fragen stellt, ist herzlich eingeladen zur Schulexkursion der Fachgruppe Sekundarschule.

- Termin:** 15.11.2018, 10.00–14.30 Uhr
Ort: Sekundarschule Warburg, Stiepenweg 5, 34414 Warburg
Kosten: kleiner Beitrag für den Imbiss vor Ort

Die Teilnehmer*innen lernen eine Sekundarschule mit Teilstandort kennen, um so ihre eigene Arbeit reflektieren zu können. Dazu öffnet die Sekundarschule Warburg mit Teilstandort Borgentreich ihre Türen. Zu Beginn dieses Schuljahres ist das Kollegium mit Diensttablets ausgestattet worden und macht sich auf den Weg, den Unterrichtsalltag zu digitalisieren. Folgendes Programm ist geplant:

- ◆ Begrüßung und Vorstellung des Konzepts
- ◆ Rundgang durch den Hauptstandort
- ◆ Imbiss und Austausch

Für die Veranstaltung kann Bildungsurlaub beantragt werden. Anmeldungen bis zum 11.11.2018 und unter Nennung der eigenen Sekundarschule per E-Mail an kirsten.eilbrecht@arcor.de

Fortbildungen im GEW Kreisverband Wesel

Wege in den Ruhestand für Beamt*innen

Alles über Altersteilzeit, Altersgrenzen für Lehrkräfte, vorzeitigen Ruhestand auf Antrag und mehr.

- Termin:** 07.11.2018, 16.30–18.00 Uhr
Ort: GEW-Kreisverband Wesel, Geschäftsstelle, Bahnhoisplatz 5, 46535 Dinslaken
Kosten: kostenfrei (GEW-Mitglieder), 10,- Euro (Nicht-Mitglieder)

Anmeldungen bis zum 31.10.2018 per E-Mail an hd.hamm@arcor.de oder telefonisch unter 02064-37786 (Ansprechpartner: Heinz-Dieter Hamm)

Akutstrategien bei Unterrichtsstörungen in der Grundschule

Sofort anwendbare Akutstrategien bei überfallartigen Unterrichtsstörungen durch Einzelschüler*innen, Kleingruppen und die gesamte Klasse.

- Termin:** 26.11.2018, 16.30–19.00 Uhr
Ort: GEW-Kreisverband Wesel, Geschäftsstelle, Bahnhoisplatz 5, 46535 Dinslaken
Kosten: kostenfrei (GEW-Mitglieder), 10,- Euro (Nicht-Mitglieder)

Anmeldungen bis zum 16.11.2018 per E-Mail an wiethoff.i@arcor.de (Ansprechpartnerin: Imke Wiethoff)



Schöneberger Forum am 21. und 22.11.2018 in Berlin

Der Umgang mit der Vielfalt der Menschen muss gestaltet werden – auch und gerade im öffentlichen Dienst. Am 21. und 22. November 2018 lädt das DGB Bildungswerk in Kooperation mit dem DGB unter dem Motto „Vielfalt gestalten: Perspektiven bieten, Kompetenzen nutzen“ zum Schöneberger Forum ein. Dabei steht die Vielfalt im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt: Welche Ansätze gibt es bereits? Was kann und sollte zusätzlich getan werden? Die Beschäftigten bringen unterschiedliche Kompetenzen und Persönlichkeiten mit, sie benötigen aber auch die richtigen Rahmenbedingungen, um sie gut einbringen zu können.

Programm und Anmeldung unter www.schoenebergerforum.de

Mit-Reiseprojekt „As Friends to Kenya“

Wer den Alltag von Familien der Luo im Südwesten des Landes kennenlernen will, ist 2019 wieder herzlich willkommen. Der Verein Lebendige Kommunikation (LebKom) e. V. organisiert das Mit-Reiseprojekt seit über 25 Jahren. Im Mittelpunkt steht die Verständigung zweier Kulturen und viele sind als Fremde gekommen und als Freund*innen gegangen.

Das Leben der Frauen verbessern

In einem Lehm-Home schlafen, mit Kenianerinnen sonnengereifte Mangos ernten, über offenem Feuer kochen und gemeinsam singen und tanzen: Das Eintauchen in das kenianische Leben entschleunigt und Begegnung und Austausch schaffen ein Miteinander, aus dem sich so manche Freundschaft entwickelt hat. Die Reise ist für beide Seiten ein Gewinn.

Die Frauen der Yala Frauengruppe können sich durch das Mit-Reiseprojekt Einkommensquellen erschließen und langfristige Pläne verwirklichen – wie die Errichtung einer Gesundheitsstation und



aktuell das Projekt „Gesundes Wasser“. Wer am Mit-Reiseprojekt teilnimmt, lernt Entwicklungszusammenarbeit kennen, die mit Innovation und Nachhaltigkeit die Frauen in der Region stärkt.

Termine und Kontakt

Die Teilnehmer*innenanzahl ist auf zwölf Personen (einzelreisende Frauen, Paare, Familien oder Gruppen) beschränkt. Reisezeiten: 12.04.–27.04.2019 und 11.10.–26.10.2019. Ein zweitägiges Seminar in Fulda bereitet auf die innovative Projektreise vor.

Mehr Infos auf www.mit-reiseprojekt-kenia.de und telefonisch unter 0661-64125 (Ansprechpartnerin: Ingeborg Scholz)



Das Pädagogisch-Theologische Institut in Bonn (PTI) ist die religionspädagogische Einrichtung der Evangelischen Kirche im Rheinland. Es fördert das Lehren und Lernen in Schule und Gemeinde. Diese Arbeit geschieht im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung auf landeskirchlicher Ebene, im Kontakt mit den zuständigen Stellen in den Kirchenkreisen und mit staatlichen und anderen Bildungspartnern in den vier Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland.

Das PTI sucht zur Besetzung einer Vollzeitstelle als

Dozentin / Dozent

zum 1. August 2019

eine Religionslehrerin / einen Religionslehrer
(Lehramt Sekundarstufe I / Sekundarstufe II).

Die Stelle ist bewertet nach BesGr. A15 oder vergleichbarer Vergütung für Angestellte.

Näheres zu den Aufgaben und Anforderungen der Stelle finden Sie unter jobs.ekir.de.

Klasse Reisen. Weltweit.

Klassenfahrten-Reisefinder mit BUDGETPLANER

Holen Sie das Maximale aus einem vorgegebenen Reisebudget.

- ◆ Teilnehmerzahl, Budget, Wunschdatum eingeben
- ◆ sofort Preis für alle Saisonzeiten erfahren!
- ◆ Rundum-Sorglos-Paket für Kursfahrten, Studienreisen ...

Tausende Schüler & Lehrer buchen immer wieder – weil es sich lohnt!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH Telefon: 0 35 04/64 33-0
Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde © Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

www.schulfahrt.de

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilzins für den öffentl. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500

Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50%

echter Vorteilzins
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE

Teuere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

- Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.ak-finanz.de

neue deutsche schule – ISSN 0720-9673

Begründet von Erwin Klatt

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Nünningstraße 11, 45141 Essen

nds-Redaktion
Anja Heifel-Rohden (Tel. 0201-2940355), Sherin Krüger,
Jessica Küppers, Fritz Junkers (verantwortlich), Stefan Brackertz,
Sabine Flögel, Melanie Meier
Bildredaktion und Satz: Daniela Costa, bureau.de
E-Mail: redaktion@nds-verlag.de

GEW-Landesgeschäftsstelle und Kassenverwaltung
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Tel. 0201-2940301, Fax 0201-2940351
E-Mail: info@gew-nrw.de

Referat Rechtsschutz Tel. 0201-2940341

Redaktion und Verlag
Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft mbH
Nünningstraße 11, 45141 Essen
Tel. 0201-2940306, Fax 0201-2940314
Geschäftsführer: Hartmut Reich
E-Mail: info@nds-verlag.de

Herstellung
Basis-Druck GmbH
Springwall 4, 47051 Duisburg

nds-Anzeigen
PIC Crossmedia GmbH
Hitdorfer Straße 10, 40764 Langenfeld
Tel. 02173-985986, Fax 02173-985987
E-Mail: anzeigen@pic-crossmedia.de

Die neue deutsche schule erscheint monatlich.

Gültig ist Anzeigenpreisliste Nr. 54 (Januar 2018).

Für Mitglieder der GEW ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können die Zeitschrift beim Verlag zum jährlichen Abonnementpreis von 35,- Euro (einschl. Porto) bestellen. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich bei allen Veröffentlichungen Kürzungen vor. Die Einsendung von Beiträgen muss vorher mit der Redaktion verabredet werden. Unverlangt eingesandte Bücher und Beiträge werden nur zurückgesandt, wenn dies gewünscht wird.

nds-Titelfoto: kin kohana / photocase.de; Fotos im Inhaltsverzeichnis: iStock.com / Worawee Meepian, Maximkostenko, Branimir76

nds-Zeitschrift www.nds-zeitschrift.de
nds-Verlag www.nds-verlag.de
GEW NRW www.gew-nrw.de

Schule in der digitalen Welt und die Auswirkungen auf die Beschäftigten

Kongress von GEW NRW, DGB NRW und Hans-Böckler-Stiftung

AM 13. NOVEMBER 2018, 9.00–15.30 UHR IN DER KLEINEN MERCATORHALLE IN DUISBURG

DIGITALISIERUNG IN DER ARBEITSWELT – HERAUSFORDERUNG FÜR SCHULE UND BILDUNG

Impulsreferat von Christina Schildmann (Forschungsstelle „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung)

WAS BRAUCHEN LEHRKRÄFTE IN DER SCHULE IN DER DIGITALEN WELT?

Diskussion mit Anja Weber (DGB NRW), Mathias Richter (MSB NRW), Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund NRW) und Maike Finnern (GEW NRW)

PROGRAMM UND ALLE FOREN IM ÜBERBLICK

tinyurl.com/kongress-digitale-welt

INFOS UND ANMELDUNG

Anmeldung: tinyurl.com/kongress-digitale-welt
Teilnahmebeitrag: 50,- Euro für Mitglieder
70,- Euro für Nichtmitglieder

Für den Kongress kann Sonderurlaub beantragt werden. Eine Finanzierung über das schulische Fortbildungsbudget ist möglich.